

Inhalt

Vorbemerkung

Alfred Schröder

Ein falsch verstandener Lenin

Ukrainekrieg und Imperialismustheorie 5

Eine verfehltete Debatte

oder: Lenin aus dem Werkzeugkasten 16

Imperialismus-Kritik nach dem Steinbruchverfahren

Die Fortsetzung einer verfehlten Debatte 22

Heiner Karuscheit

**Der Ukrainekrieg, die russische Kompradorenbourgeoisie und ein
neuer deutscher Ostlandritt – über eine originelle Theoriebildung** 32

Die deutsche Bourgeoisie – eine Klasse von trauriger Gestalt 35

Rainer Werning

Einkreisung Chinas - US-Militärs in Manövermanie 43

Vorbemerkung

Der Ukraine-Krieg hat alle politischen Kräfte auf den Prüfstand gestellt. Für die deutsche Bourgeoisie bedeutete er den kompletten-Zusammenbruch ihrer außen- und militärpolitischen Strategie, die im Zeichen der „gemeinsamen Sicherheit mit Russland“ darauf zielte, sich im Zeichen der Entspannung langsam aus der nukleargestützten US-Hegemonie herauszuschleichen (siehe den Artikel über die „traurige Gestalt“ der deutschen Bourgeoisie in dieser Ausgabe). Erneut eingebunden in die Nato-Gefolgschaft der USA und zur Aufrüstung genötigt, gleichzeitig herausgefordert durch Frankreichs Forderung nach „strategischer Autonomie“ Europas, gespalten zwischen Atlantikern und Nicht-Atlantikern, irrt diese Bourgeoisie seitdem auf der Suche nach einem neuen sicherheitspolitischen Konzept ziellos umher – ein Bild des Jammers.

Wie hat demgegenüber die Linke die Probe des Kriegs bestanden, insbesondere ihr kommunistischer Flügel? Während die einen das Verhältnis zur Nato Neubestimmen wollen, beschwören andere Wiedererstarben des deutschen Imperialismus herauf und rühmen wieder andere den mit großrussisch-imperialen Zielen geführten Krieg Putins als Einsatz für eine multipolare Weltordnung. Für die Niederlage beider Seiten in diesem allseits reaktionären Krieg einzutreten, wie Lenin das im 1. Weltkrieg tat, taucht bestenfalls als Randerscheinung auf. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen als Kernpunkt für einen Frieden zwischen beiden Seiten wird durchgängig umschifft, und statt den Austritt Deutschlands aus der Nato ins Zentrum zu rücken, gibt man sich mit Parolen des Pazifismus zufrieden. Mit anderen Worten: Die Linke hat es geschafft, den erbärmlichen Auftritt der in sich zerstrittenen deutschen Bourgeoisie noch zu übertreffen.

Und die AzD? Im Gegensatz zur Orientierungslosigkeit dieser Linken, die immer weiter nach rechts abdriftet – gerade auch der kommunistische Flügel –, haben unsere Autoren zur Einschätzung des Kriegs von Beginn an eine Position des revolutionären Defätismus bezogen, deren Richtigkeit sich seither bewiesen hat. In den Artikeln dieser Ausgabe kann unsere Leserschaft sich davon ein eigenes Bild machen.

In dem Beitrag „Ein falsch verstandener Lenin“ kritisiert A. Schröder die Unsinnigkeit, den Ukraine-Krieg anhand eines von Lenin aufgestellten Kriterienkatalogs des Imperialismus zu beurteilen, und befasst sich sodann näher mit der Imperialismustheorie. Ausgehend von Karl Kautsky und Rudolf Hilferding untersucht er die Imperialismusdebatte, die vor und während des 1. Weltkriegs von den Marxisten geführt wurde. Er kommt zu der Schlussfolgerung, dass die damals entstandene Imperialismustheorie – einschließlich der von Lenin vertretenen Variante – auf eine falsche ökonomische Theorie der

II. Internationale“ zurückzuführen ist, „aus der sich sehr unterschiedliche politische Schlussfolgerungen – reformistische wie revolutionäre – ziehen lassen“.

Abschließend geht Rainer Werning in dem Artikel über die Einkreisung Chinas auf die aktuelle Hauptstoßrichtung der imperialistischen Politik Washingtons ein, die der deutschen Bourgeoisie über den Ukraine-Krieg hinaus bereits heute heftige Kopfschmerzen bereitet.

„Mal ganz davon abgesehen, dass Lenin persönlich sich mit seiner berühmten brüskten Direktheit verbeten hätte, von Leuten gefeiert zu werden, die ihn zum Professor für Globalökonomie ernennen wollen - ... die vor der heiklen Geschichte mit den Klasseninteressen in die Wertlehre fliehen, ... oder vor der ganzen Revolutionsproblematik in eine erschöpfende Untersuchung der internationalen Kreditbeziehungen – wer dergleichen tut, ... versteht keinen Satz, den Lenin geschrieben hat. ... Lenin (hätte) sich lieber komplett geirrt, als nichts ausgerichtet zu haben. Das ist der Unterschied ums Ganze.“¹

Alfred Schröder

Ein falsch verstandener Lenin

Ukrainekrieg und Imperialismustheorie

1. Einige politische Bemerkungen vorweg

Es ist inzwischen mehr als ein Jahr her, dass Russland die Ukraine mit offen imperialer Begründung angriff. Putins Rechtfertigungen für diesen Krieg - ausführlich in meinem letzten Artikel zu diesem Thema zitiert – sind eindeutig und ganz im Geist der Romanow-Zaren formuliert. (https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2359) Kurz gefasst: Die Ukraine ist eine Schöpfung Lenins und der Bolschewiki und damit eigentlich keine eigenständige Nation, sondern ein im Westen liegender Teil der russischen Nation, der zum Mutterland zurückgeführt werden muss, um die Fehler Lenins zu korrigieren. Putin formulierte dies in seiner Rede folgendermaßen: „Seit jeher nannten sich die Bewohner der südöstlichen, historischen altrussischen Lande Russen und Orthodoxe. So war es vor dem 17. Jahrhundert, als sich ein Teil dieser Gebiete wieder mit dem Russländischen Staat vereinte, und so blieb es danach.“ Für Putin wie für die Romanow-Zaren waren die Ukrainer danach schon immer Russen, obwohl sie in der wirklichen Geschichte erst im 17. Jahrhundert durch kriegerische Eroberung ins Zarenreich „eingegliedert“ wurden.

Und diese Aussage war kein Einzelfall. Auch zum Baltikum äußerte sich Putin eindeutig: Danach war auch das Baltikum lt. Putin im Nordischen Krieg durch Peter nur „zurückerober“ worden und gehörte schon immer zu Russland. Auf Russia Today wird er mit den Worten zitiert: „Der Zar gründete die Stadt St. Petersburg im Jahre 1703, nach der Eroberung des Gebietes während des Großen Nordischen Krieges. ‚Er nahm nichts weg, er nahm etwas zurück‘, sagte Putin und spielte damit auf einen Präzedenzfall für die aktuelle Krise in der Ukraine an.“ (<https://test.rtde.tech/kurzclips/video/140783-putin-inspiriert-von-erfolgen-peters/>)

Und auf Russia Today findet sich am 22.09.2022 ein Artikel zur russischen Flagge mit

¹ Dietmar Dath: „Text und Tat“ in: Kritische Neuausgabe von „Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Verlag 8. Mai: Berlin 2018, S. 17

ebensolchem historischem Bezug: „Die weiß-blau-rote Flagge bleibt in erster Linie ein Symbol der langen und vielleicht berühmtesten Ära in der russischen Geschichte – der Zeit der imperialen Zaren. ... Welches Schicksal auch immer Russland noch widerfahren mag, es wäre schwer vorstellbar, dies unter einer anderen Flagge erleben zu müssen.“ (<https://test.rtde.world/russland/148651-jesus-byzanz-und-slawisches-erbe/>)

Andererseits geschah dieser russische Überfall nicht anlasslos und „aus heiterem Himmel“, sondern war Wochen zuvor von den USA angekündigt worden, die ein vitales Interesse an diesem Überfall hatten und weiterhin haben. Und für diese Ankündigung bedurfte es keiner prophetischen Gaben Washingtons oder herausragender Leistungen seiner „Dienste“. Schließlich waren die politischen Weichen zu diesem Konflikt von den USA seit 2014 gestellt worden. Die Ukraine wurde seit diesem Zeitpunkt von Teilen der NATO systematisch aufgerüstet und durch die USA wurde ihr sogar eine mögliche zukünftige Mitgliedschaft im NATO-Bündnis in Aussicht gestellt, dies gegen die erklärten Stellungnahmen Frankreichs und Deutschlands.

Die deutsche Bourgeoisie ohne Plan und Perspektive

Im selben Jahr hatte der damalige BRD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier, heute Bundespräsident, in einer Rede auf dem SZ-Wirtschaftsgipfel die Vision geäußert, dass „Deutschland Europa anführen, Russland europäisieren und die USA multilateralisieren“ solle.“ Diesen Traum der deutschen Bourgeoisie hat die USA – speziell mit ihrer Ukraine Politik – systematisch torpediert.

Putins Überfall auf die Ukraine brachte die USA in die vorteilhafte Position, nicht nur Russland in der Ukraine ausbluten zu lassen, sondern ebenso die NATO wieder fester unter amerikanische Vorherrschaft zu pressen und die europäische Union, allen voran Deutschland, ökonomisch und politisch entscheidend zu schwächen. Wenn Deutschland die EU beieinander halten wollte – die Voraussetzung einer deutschen „Führungsrolle“ in der EU -, dann musste es auf Nordstream 2 und seine besonderen Beziehungen zu Russland verzichten, musste es dem Kurs der osteuropäischen Vasallenstaaten der USA in der EU und der NATO folgen und statt günstigem russischem Gas deutlich teureres, über den Atlantik zu transportierendes Flüssiggas kaufen,² sowie weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängen. Damit wurde dem Geschäftsmodell der deutschen Bourgeoisie zur ökonomischen Vorherrschaft in der EU die Grundlage entzogen und zugleich die Rolle der osteuropäischen Verbündeten der USA in der EU aufgewertet. Damit nicht genug, versprach die Regierung der BRD, zig Milliarden in amerikanische und israelische Waffensysteme zu investieren, die unvermeidlich die weitere Abhängigkeit von den USA auch militärisch festschreiben.

Während die Ukraine durch den Krieg verwüstet wird, wird Westeuropa durch die erzwungenen Wirtschaftssanktionen gegen Russland ökonomisch ausgeblutet und politisch kastriert. Von der EU als eigenständiger politischer Kraft, die ihre eigenen ökonomischen und politischen Interessen *auch gegen die USA* vertreten kann, bleibt nur so viel

² Habeck spricht von 60 Milliarden Euro für 2022 und über 100 Milliarden in diesem Jahr 2023, die zusätzlich zur Energieversorgung aufzuwenden wären. Wirtschaftsinstitute veranschlagen die Summen deutlich höher.

Ein falsch verstandener Lenin

übrig, wie es die amerikanischen Dependancen in Warschau oder im Baltikum zulassen. Die Rettung des europäischen Zusammenhalts und die daraus abgeleitete „Führungsrolle der BRD“ in Europa lässt sich die deutsche Bourgeoisie bisher einiges kosten, bis hin zur sozialen Stabilität der Republik.

Eine solche Entwicklung ist keineswegs im Interesse der deutschen Bourgeoisie und steht der Regierungskonzeption *einer ökonomisch begründeten politischen Vorherrschaft in der EU* diametral entgegen. Trotzdem ist bislang eine neue politische Orientierung nicht zu erkennen. Die Herrschenden in der BRD sind rat- und konzeptlos. Die Zerstrittenheit der politischen Parteien und der Regierung in der Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine spiegelt das Fehlen einer neuen Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der Bourgeoisie wider, nachdem der Ukrainekrieg der alten, oben skizzierten Politik die Geschäftsgrundlage entzogen hat. Und mit der Grünen Partei, als entschiedene transatlantische Kriegspartei, neben den langjährigen „Atlantikern“ in den anderen bürgerlichen Parteien, sind kaum parlamentarische Mehrheitsverhältnisse für eine eigenständige Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie vorstellbar.

Umso deutlicher gilt es, der orientierungslos gewordenen deutschen Bourgeoisie das klare Programm aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte entgegenzusetzen:

- Austritt aus der NATO, NATO raus aus Deutschland!
- Ende aller Wirtschaftssanktionen gegen Russland und sofortige Öffnung von Nordstream 2.³
- Keine weiteren Waffenlieferungen an die Kriegsparteien.
- Frieden auf dem Boden der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen, bis hin zum Recht auf Lostrennung, sowohl durch Russland als auch durch die Ukraine.

Statt revolutionärem Defätismus - Kampf für eine multipolare Welt

Und die Linke?⁴ Anstatt von der offenkundigen politischen Tatsache auszugehen, dass dieser Krieg von *beiden* beteiligten Seiten ein ungerechter, verbrecherischer Krieg um politische Einflussphären in Europa ist, mit allen seinen ökonomischen und militärischen Implikationen – daran hat Putin ebenso wenig Zweifel gelassen wie die USA geführte NATO mit ihren fortgesetzten „Osterweiterungen“ –, debattiert die Linke darüber, ob nicht eine Seite der Kriegsparteien weniger „imperialistisch“ als die andere Seite sei; ob nicht der Sieg der russischen Seite vorteilhafter für eine neue multipolare Weltordnung wäre, ob man nicht den schwächeren „Imperialismus“ gegen den stärkeren unterstützen müsste etc. Diese Debatten erinnern fatal an die „Helden“ der II. Internationale, die mit ähnlichen „Argumenten“ ihren Übergang auf die Positionen einer der beiden Kriegsbündnisse rechtfertigten. Ist ein Sieg des Wilhelminischen Deutschland nicht besser für die künftige Entwicklung der Menschheit und der Arbeiterbewegung im Besonderen, als ein Sieg des autokratischen russischen Zarismus?

³ Auf diese populäre Forderung antworteten interessierte NATO-Kreise mit der Sprengung beider Pipelines. Die „politische Sprengkraft“ dieser Forderung wurde durch diese Aktion für alle sichtbar. Inzwischen wissen wir, dass ein Strang der Nordstream 2 Pipeline noch intakt ist.

⁴ Für viele von ihnen ist die Beschreibung „ehemalige Linke“ zutreffender.

Oder gilt es doch umgekehrt für den Triumph der parlamentarischen Demokratien Englands oder Frankreichs gegen den preußischen Militarismus einzutreten? Dies waren die Debatten der Helden der II. Internationale mit eifrigen und fehlerhaften Rückgriffen auf die Positionen von Marx und Engels aus der Zeit des 19. Jahrhunderts und der nationalen Einigungskriege in Europa.

Demgegenüber standen damals Lenin und Liebknecht mit der Position des „revolutionären Defätismus“, die auf die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die herrschenden Kriegstreiber zielte. „Die Unterstützung, Ausweitung und Vertiefung jeder Volksbewegung für die Beendigung des Krieges ist Pflicht der Sozialisten. Tatsächlich aber erfüllen diese Pflicht nur jene Sozialisten, die – wie Liebknecht – von der Rednertribüne der Parlamente die Soldaten auffordern, die Waffen niederzulegen, die die Revolution und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus propagieren.“⁵ Revolutionärer Defaitismus, Bürgerkrieg statt imperialer Raubkrieg, proletarische Revolution statt Pazifismus und Sozialchauvinismus; das ist der „wahre Lenin“, den es zum Ukraine-Krieg zu zitieren gilt. Und um auf das Eingangszitat von D. Dath zurückzukommen: „Das ist der Unterschied ums Ganze.“

Die heilige Fünffaltigkeit der Leninschen Imperialismustheorie

Stattdessen diskutieren Teile der Linken, welche der fünf Leninschen Imperialismus-Kriterien auf Russland Anwendung finden können, weil nur dann dieser Krieg von beiden Seiten ein imperialistischer Krieg sei. Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP: „Es besteht unter uns Einigkeit, dass die Russische Föderation ein kapitalistisches Land ist. (...) Diskussionen gibt es unter uns, ob sich die Russische Föderation bereits im imperialistischen Stadium der Entwicklung des Kapitalismus befindet.

Ihr wisst, dass Lenin fünf Merkmale für die Charakterisierung des Imperialismus benennt, von denen drei sich auf die Entwicklung der nationalen Ökonomie und zwei auf die Entwicklung internationaler Verhältnisse beziehen. Wenn wir die ersten drei Merkmale auf Russland anwenden, dann ist das erste – ‚Konzentration der Produktion und des Kapitals und Bildung von Monopolen, von denen jeweils einige wenige ganze Industriezweige beherrschen‘ – in Russland sicherlich gegeben. Es spricht viel dafür, dass das zweite – ‚die Verschmelzung der Monopole in der Industrie und im Bankwesen zum Finanzkapital‘ – ebenfalls gegeben ist. (...) Das dritte Charakteristikum, dass ‚der Kapitalexport gegenüber dem Warenexport vorrangige Bedeutung gewinnt‘, scheint mir in Russland nicht erfüllt zu sein. Die Kapitalabflüsse aus Russland gehen zu großen Teilen in Steuerparadiese wie Zypern, die Schweiz oder Luxemburg. Diese dienen nicht dazu, sich direkt in andere Kapitalien einzukaufen, wie es aus meiner Sicht beim von Lenin genannten Kapitalexport gemeint ist. Eines von drei Kriterien ist meines Erachtens nicht erfüllt. Ich neige deshalb zur Position, dass es sich bei Russland um ein kapitalistisches Land handelt, welches das imperialistische Stadium noch nicht erreicht hat.“⁶

⁵ LW Bd. 22, S.179-180

⁶ Zitiert aus Andreas Wehr: „Russland – ein imperialistisches Land?“, Mai 2022

Ein falsch verstandener Lenin

Hier haben wir ein Musterbeispiel dafür, wie man das Hantieren mit der Theorie des Marxismus in eine der Religion entlehnte „Auslegung der Schrift“ verwandelt. Ausgangspunkt der eigenen „Untersuchung“ ist die „Schrift“ und ihre als sakrosankt unterstellten Ausführungen. Anhand der Schrift und der dort getroffenen Aussagen wird dann die Wirklichkeit so interpretiert, wie es politisch wünschenswert ist. Bei der DKP und weiteren Teilen der Linken besteht diese Interpretation in der Ignorierung des großrussischen Chauvinismus, wie ihn die Putin-Administration formuliert und außenpolitisch umsetzt. Stattdessen wird der russische Überfall in dieser Bearbeitung zu einem Ringen für eine neue „multipolare Weltordnung“ und die Aggression ist letztlich dem Kampf um diese neue Weltordnung geschuldet.⁷ Und für diese „Herleitung“ wird die Leninsche Imperialismustheorie mit ihrer „Fünffaltigkeit“ der Grundlagen des Imperialismus genutzt. Das hat der vehemente Kritiker des großrussischen Chauvinismus – der Lenin Zeit seines Lebens war – wirklich nicht verdient.

Darüber hinaus ist kaum zu übersehen, mit welcher „*wissenschaftlich exakten*“ Formulierungen diese Interpretation der Wirklichkeit von Köbele realisiert wird: „Es spricht viel dafür“, oder „Ich neige deshalb zur Position“, oder „scheint mir in Russland nicht erfüllt zu sein“. Deutlicher kann man seine politische und theoretische Hilflosigkeit kaum artikulieren.

Das Selbstbestimmungsrecht als demokratische Friedenslosung

Statt Schriftdeutungen und sophistischer Wortklaubereien zurück zu den Tatsachen. Russland hat die Ukraine überfallen, weil es nicht bereit war, eine weitere Ausdehnung der amerikanischen Einflussphäre zu dulden. Da die russische Politik diese Ausweitung *nicht* auf demokratische oder revolutionäre Weise mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen verhindern konnte und *wollte* - eine für den Mehrvölkerstaat Ukraine sehr gefährliche Forderung -, blieb nur der imperiale Krieg zur Zerschlagung der Ukraine. Statt Förderung der demokratischen Entwicklung in der Ukraine zur Zerschlagung der US-orientierten Oligarchen-Herrschaft schuf der russische Einmarsch *eine Verfestigung dieser Herrschaft* durch eine Nato-finanzierte Militärdiktatur, die oligarchisch geprägt und nur notdürftig parlamentarisch verbrämt ist; statt Unterstützung des Rechts auf Selbstbestimmung für alle Nationalitäten in der Ukraine förderte er den Nationalismus und Chauvinismus der Ukrainer ebenso wie in Russland, da man den Ukrainern dieses Recht absprach.

Illustriert wird die Sprengkraft einer demokratischen und revolutionären Politik in der Beilage der Marxistischen Blätter Nr. 4/2022. In einem Interview mit dem griechischen Professor Dimitrios Patelis berichtet dieser von der Stimmung im Donbass und der Politik der russischen Bourgeoisie: „Noch dazu konnte ich bei meinem Besuch im Donbass

⁷ Worin der Vorteil für die Bevölkerung der betroffenen Länder bestehen soll, wenn mehrere Mächteblöcke oder Großstaaten sich um Einflussphären balgen, lassen die Propagandisten der Multipolaren Weltordnung im Dunklen. Außerdem war diese Konzeption – siehe Steinmeier-Zitat weiter oben – Grundlage der inzwischen gescheiterten deutschen Außenpolitik, bevor die Amerikaner und Russen in der Ukraine „ernst machten“. Kann die ehemalige außenpolitische Orientierung des für die Linke zeitlosen und immer gleich räuberischen „deutschen Imperialismus“ heute eine erstrebenswerte Zielsetzung für den Rest der Welt sein?

2015 mit eigenen Augen sehen, wie – gelinde gesagt – unaufrichtig sich diese russische Bourgeoisie samt ihrem politischen Personal im Kreml gegenüber der Bevölkerung in den beiden Volksrepubliken verhalten hat, als diese über Jahre hinweg gegenüber der Kiewer Junta aufbegehrte und sich der militanten und mörderischen Aktionen gegen russischsprachige Mitbürger zu erwehren versuchte. Als die fortschrittlichsten Kräfte unter den Volksmilizen im Donbass schon tatsächlich einige erstaunliche Siege gegen die Nazi-Bataillone und Teile der damals noch ziemlich desorientierten ukrainischen Armee in Mariupol und Debalzewe errungen hatten, verschwanden auf mystische Weise nach und nach alle Leute, die noch irgendwelche klaren Vorstellungen vom einstigen Ziel des bewaffneten antioligarchischen, antiimperialistischen, antifaschistischen Aufstands hegten, das mir damals vor Ort zum Beispiel eine Reihe von Bergarbeitern erklärten mit dem Satz: ‚Unsere Heimat ist die Sowjetunion‘. Das war natürlich das letzte, was die Führung der russischen Bourgeoisie in ihrer Nachbarschaft gebrauchen konnte.“

Da die russische Politik selbst oligarchisch geprägt und damit reaktionär ist, blieb auch nur eine reaktionäre, imperiale Politik als Antwort auf die imperiale Politik der USA und NATO übrig. Dieser Krieg ist von allen beteiligten Seiten reaktionär und dies trifft auch auf jene Kräfte zu, die ihn „nur“ politisch, ökonomisch und mit Waffen unterstützen.

Um dies festzustellen, bedarf es keinerlei Rückgriff auf die heilige Fünffaltigkeit der Leninschen Imperialismustheorie. Hier wird Lenin bemüht, um die Unterstützung *einer* der beiden Kriegsparteien zu legitimieren. Hier wird die Imperialismustheorie bemüht, um den grossrussischen Chauvinismus salonfähig zu machen und Lenins Position zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen vergessen zu machen. Während Putin offensiv die Leninsche Politik zur nationalen Frage kritisierte und dies in das Zentrum seiner ideologischen Kriegsbegründung rückte – was von Andreas Wehr für die deutsche Linke mit Luxemburgs Kritik an Lenin und den Bolschewiki aufbereitet wurde –, *schweigt* der Rest des linken Spektrums hartnäckig zur nationalen Frage und ihrer politischen Sprengkraft in dem aktuellen Konflikt. Mit einer neuen Auslegung der Leninschen Imperialismustheorie ist dieser Krieg weder zu erklären, noch zu legitimieren und erst recht nicht zu beenden. *Für einen wirklichen Frieden bedarf es der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen bis hin zum Recht auf Lostrennung, sowohl durch Russland als auch durch die Ukraine.*

Was bleibt vom „Leninismus“?

Bei der ungebrochenen Begeisterung für die Leninsche Imperialismustheorie in der Linken stellt sich die Frage, was denn außer dieser Theorie heute noch vom „Leninismus“ Bestandteil linker Ideologie und Politik ist? Bei genauerem Hinsehen werden wir wenig finden.

Die Parteitheorie und die Schrift „Was tun“⁸ wurde als erstes kritisiert und verworfen, weil sie undemokratisch sei und den Weg zum Stalinismus geebnet hätte. Als nächstes

⁸ Der Verfasser ist keineswegs der Auffassung, dass sich die Schrift „Was Tun“ auf die Begründung einer Parteitheorie reduzieren lässt. Aber dies ist ein anderes Thema.

wurde die demokratische Republik mit ihrer parlamentarischen Demokratie Bezugspunkt linker Politik und damit die Leninschen Positionen aus seiner Schrift „Staat und Revolution“ sowie „Marxismus und Staat“ als utopisch verworfen. Aber dabei blieb es nicht, denn auf einer schiefen Bahn rutscht man immer weiter nach unten. Im Zuge des Abbaus der in der Verfassung der BRD garantierten Grundrechte während der Corona-Politik durch die bürgerlichen Parteien war die Linke – sowohl als Partei wie als rudimentäre Strömung (DKP, MLPD etc.) – in der vordersten Front mit dabei. Hand in Hand mit der Bourgeoisie kämpfte sie für Zwangsimpfungen, Demonstrationsverbote und weitere Einschränkung der Pressefreiheit bis hin zur fast völligen Gleichschaltung der Presse. (Siehe dazu: https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2317)

Nach dieser Abstinenz im Kampf um bürgerliche Grundrechte ist es nur konsequent, dass die Linke der Leninschen Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen bis heute ignorierend bis völlig ablehnend gegenübersteht. Für einen Teil der Linken ist die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht historisch überholt und/oder der Not des russischen Bürgerkrieges geschuldet; für andere ist das Aufstellen dieser Forderung grundsätzlich falsch und reaktionär. Begründet werden diese Positionen mit Argumenten von Luxemburg, Putin oder A. Wehr.

2. Warum die Imperialismustheorie?

Warum nach der Aufgabe aller dieser Positionen des „Leninismus“ bis hin zum demokratischen Kampf diese ungebrochene Nibelungentreue zu seiner Imperialismustheorie? Woher ihre bis heute andauernde Beliebtheit zur Erklärung aller möglichen Verbrechen, Militäraktionen, politischer Einflussnahmen und Annexionen in der Welt durch eine einzige Theorie? Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe:

1. Die Imperialismustheorie ist eine *ökonomische Theorie der II. Internationale*, aus der sich sehr *unterschiedliche politische Schlussfolgerungen* – reformistische wie revolutionäre – ziehen lassen.
2. Sie hat den Vorzug, als Theorie und Politik einer neuen Etappe der kapitalistischen Entwicklung – der monopolistischen, die die konkurrenzkapitalistische („Manchestertum“ bei Kautsky)⁹ abgelöst haben soll – *Gültigkeit für die Gesamtheit der entwickelten kapitalistischen Staaten zu beanspruchen* und somit eine konkrete Analyse der Trieb- und Klassenkräfte in den einzelnen Staaten überflüssig zu machen.

Auf den Punkt gebracht wird dieser Gedanke im Einleitungssatz des Resolutionsentwurfs der linken Sozialdemokraten zur ersten Sozialistischen Konferenz (in Zimmerwald 1915): „Der gegenwärtige Krieg ist durch den Imperialismus erzeugt.“¹⁰ Weshalb also nach den tatsächlichen Verursachern, den Klassenkräften und ihren führenden politischen Repräsentanten in den damaligen Großmächten suchen?

⁹ „Der Imperialismus ist eine besondere Art kapitalistischer Politik ebenso wie das Manchestertum, das er ablöst.“ Karl Kautsky, Zwei Schriften zum Umlernen, Die Neue Zeit, 1915, S. 110-111

¹⁰ LW Bd. 21, S. 348; lt. Anmerkung auf Seite 484 wurde diese Resolution von Lenin geschrieben.

Dass die „marxistischen“ Imperialismustheorien ihren Ursprung in der II. Internationale haben, ist bis heute unbestritten. O. Bauer, K. Kautsky, R. Hilferding, R. Luxemburg, N. Bucharin – um nur die bekanntesten Vertreter zu nennen – hatten sich *vor Lenin* mit dieser Frage beschäftigt¹¹ und versucht, die neuere Entwicklung des Kapitalismus *ökonomisch* zu interpretieren. Ausgangspunkt dieser Überlegungen war die „seit 1873 einsetzende Abschwächung der Geschwindigkeit der internationalen Wirtschaftsentwicklung, verbunden mit einem allgemeinen Rückgang der Preise und einem beachtlichen Abfall der Profitraten und Renditen. Die Überzeugung, dass die nationale Wirtschaft kolonialer Dependancen bedürfe, wurde bald Allgemeingut der bürgerlichen Schichten aller Industrienationen und kann keineswegs nur als Resultat interessenpolitischer Agitation der jeweils betroffenen Unternehmergruppen gelten. Allein, es ist charakteristisch, dass diese Auffassungen fast nirgends einer wirklichen Überprüfung unterworfen wurden, sondern eigentlich mehr als nur gängige ideologische Münze im Kampf für oder wider den Imperialismus dienten.“¹²

Diese krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus und die bürgerlichen Reaktionen darauf waren der *Ausgangspunkt* für die Imperialismusdebatte. Dies rief in der II. Internationale das Bedürfnis hervor, als Marxisten eine *ökonomische Erklärung* für diese Entwicklung zu finden. Hilferding lieferte sie mit seiner Theorie von den Kartellen, Monopolen und dem über das industrielle Kapital herrschenden „Finanzkapital“ als Ursache der neueren ökonomischen Entwicklung und der imperialistischen Politik.¹³

Kautsky zur Geschichte des Imperialismusbegriffs

Zuvor war der Imperialismus keineswegs allein ökonomisch hergeleitet worden. Vielmehr diente er der Beschreibung bestimmter politischer und militärischer Aktivitäten, die auf Großmachtpolitik, militärische Annexionen oder Kolonialpolitik abzielten.

Zur Geschichte des Imperialismusbegriffs schreibt Kautsky: „Es gibt wenige Worte, die so allgemein als etwas Selbstverständliches behandelt und vorgebracht werden wie heute das Wort Imperialismus. Und doch gibt es wenige Worte, die verschiedenartiger aufgefasst und gebraucht werden als dieses. ...

Das Wort wurde abgeleitet aus dem Lateinischen und bezeichnet politische Bestrebungen, die mit einem Weltreich oder Kaiserreich (*imperium*) zusammenhängen. Meines Wissens kam es zuerst auf in Frankreich unter dem Kaiserreich des ersten Napoleon, wo man dessen Politik damit bezeichnete. Darauf ist es wohl zurückzuführen, wenn heute unsere französischen Genossen das Wort Imperialismus noch in einem ähnlichen Sinne, zur Bezeichnung des Strebens einer kaiserlichen Macht nach Weltherrschaft, auf Deutschland anwenden, wo sie dieses Streben zu finden glauben. ... Sie gebrauchen das Wort in einem ähnlichen Sinne, in dem wir etwa von französischem Bonapartismus oder russischem Zarismus reden.

Einen anderen Sinn erhielt das Wort in England in den neunziger Jahren des vorherigen

¹¹ Siehe dazu: Wolfgang Mommsen: Imperialismustheorien: ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen; Vandenhoeck: 3. Auflage 1987, S. 27 ff.

¹² Ebenda, S. 12

¹³ Siehe hierzu die Kritiken in den AzD 39/1989: Kapital und Monopol. Zur Kritik der Monopoltheorie bei Hilferding und Lenin

Ein falsch verstandener Lenin

Jahrhunderts. Man bezeichnete damit das Streben, an Stelle des kleinen Britannien ein größeres Britannien zu setzen durch Knüpfung eines Bandes zwischen England und den Kolonien. So sollte ein großes Reich (empire) geschaffen werden. Man bezeichnete also damit auch wieder eine besondere Art *Reichspolitik*. Das Interesse für *Kolonien* war dabei das entscheidende. Namentlich durch besondere Maßnahmen der *Zollpolitik* sollten sie enger mit dem Mutterland verbunden werden. Das wachsende Interesse für die Kolonien führte dann aber auch zu Erwerbungen neuer Gebiete, darob zu Gegensätzen mit anderen Mächten und zu Flottenrüstungen.

Ähnliche Tendenzen nach einem großen Kolonialreich und Rüstungen waren zum Teil schon früher, zum Teil gleichzeitig auch bei anderen kapitalistischen Mächten aufgetreten. England gab nicht den Anstoß zu dieser neuen Politik, lieferte aber den Namen. Sie wurde allgemein als Imperialismus bezeichnet.“

Hilferdings Verdienst – so Kautsky – besteht darin, mit der Entdeckung des „Finanzkapitals“ die Ursache für die *moderne* imperialistische Politik aufgedeckt zu haben. „Hilferding hat dann 1910¹⁴ in seinem Werk über das Finanzkapital zum ersten Mal gezeigt, wie die modernste Phase des Kapitals zur Beherrschung des industriellen Kapitals durch das Geldkapital, namentlich durch die Banken, führen und den Charakter des industriellen Kapitals völlig umgestalten musste. Er nannte diese neue Ära die des *Finanzkapitals*. Er bezeichnete damit das ‚Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist.‘ [Finanzkapital, S. 283]; (in der Ausgabe der EVA von 1974, S. 309)

Er hütete sich sehr wohl, das schon allbekannte Wort ‚Imperialismus‘ zur Bezeichnung dieser neuen Phase des Kapitalismus anzuwenden. Auch er bezeichnet mit dem Worte Imperialismus eine besondere *Art der Politik* und nicht eine ‚Wirtschaftsphase‘. Der Imperialismus ist ihm die vom Finanzkapital bevorzugte Politik. Ich glaube, wir haben alle Ursache, an dieser Unterscheidung von Finanzkapital als Ursache und Imperialismus als Wirkung festzuhalten.

Sie entspricht dem Sprachgebrauch, der unter dem Imperialismus ein besonderes System der *Politik* versteht. Über die Einzelheiten dieser Politik gehen die verschiedenen Autoren, die vom Imperialismus handeln, auseinander, aber fast alle treffen sich darin, dass sie ihn als politisches System und nicht als ‚Wirtschaftsphase‘, nicht als ‚fortgeschrittenen, potenzierten Kapitalismus‘, sondern als die Politik der unter ihm herrschenden kapitalistischen Schichten betrachten. Der Imperialismus ist eine besondere Art kapitalistischer Politik ebenso wie das Manchestertum, das er ablöst. Auch dieses bezeichnete nicht eine bestimmte ‚Wirtschaftsphase‘, wenn es auch mit einer solchen notwendigerweise verbunden war.“¹⁵

Dies – insbesondere der letzte Abschnitt des langen Zitats - ist Kautskys Interpretation des Imperialismusbegriffs im *Krieg (1915)*. Zuvor hatte er ihn -genauso wie Hilferding - als Entwicklungsstufe des Kapitalismus gesehen, die unweigerlich von der Diktatur der

¹⁴ Kautsky verweist auch auf eigene Artikel in der „Neuen Zeit“ (1897/98) über „Ältere und neuere Kolonialpolitik“, die bereits einen Hinweis auf die gewachsene Bedeutung des Finanzkapitals enthalten hätten.

¹⁵ Karl Kautsky: Zwei Schriften zum Umlernen; Die Neue Zeit, 1915, S. 110-111

„Kapitalmagnaten“ (Hilferding) in die Diktatur des Proletariats umschlagen würde. Nur, an die Stelle der Diktatur des Proletariats trat der Weltkrieg und mit ihm in Deutschland ab 1916 die Diktatur der Obersten Heeresleitung, gestützt von der Sozialdemokratie. Von nun an wird der Imperialismus bei Kautsky eine von mehreren politischen Möglichkeiten des Kapitals, von einer Entwicklungsstufe der kapitalistischen Gesellschaft zu einer Variante der kapitalistischen Politik.

Das Scheitern der reformistischen Interpretation des Imperialismus

Ist die historische Beschreibung der Ursprünge des Begriffs Imperialismus und die Inhalte, die geschichtlich damit beschrieben werden, tendenziell richtig, aber historisch etwas zu kurz gegriffen,¹⁶ so ist der Schluss seiner Ausführungen geradezu typisch für Kautsky. So, wie für ihn die Sozialdemokratische Partei eine revolutionäre Partei ist, aber keine, die eine Revolution macht,¹⁷ so ist der Imperialismus bei ihm „eine besondere Art der kapitalistischen Politik“, die aber *nicht* einer bestimmten Wirtschaftsphase geschuldet ist, obwohl sie „wie das Manchestertum (notwendigerweise) mit einer solchen verbunden (war)“.

Kautsky sträubt sich vor den politischen Folgen der ökonomischen Theorie des Finanzkapitals, die er ehemals mit Hilferding geteilt hatte. Er möchte es dabei bewenden lassen, dass der Imperialismus nur eine „besondere Art der kapitalistischen Politik“ darstellt, begründet dies aber mit einer ökonomischen Theorie (Hilferdings Theorie vom Finanzkapital), die – um mit Kautskys Worten zu sprechen – mit einer neuen Wirtschaftsphase „notwendigerweise verbunden“ ist. Bei aller historischen Gelehrsamkeit Kautskys ist die Leninsche Schlussfolgerung aus der Hilferdingschen Theorie zwar nicht richtiger, dafür aber deutlich schlüssiger: Ihm zufolge entspringen die zum Krieg führende Politik und auch der Krieg selber der neuen „Wirtschaftsphase“, dem vom Finanzkapital beherrschten Imperialismus.

Kautsky formuliert obige Ausführungen im Jahr 1915, im zweiten Jahr des Weltkrieges. Den Unterschied zwischen dem Imperialismus als „Wirtschaftsphase“ und dem Imperialismus als „eine besondere Art der kapitalistischen Politik“ entdeckt er zusammen mit Hilferding erst nach dem Ausbruch des Weltkrieges. Zuvor vertraten beide die

¹⁶ Der Begriff des „Imperialismus“ ist deutlich älter als das französische Kaiserreich Napoleons III. Und ebenso ist der imperialistische Krieg um Kolonien deutlich älter als die kolonialpolitischen Differenzen am Ende des 19. Jahrhunderts. Dazu gehören z.B. die englisch-spanischen Kriege, die englisch-holländischen oder – um ein historisch jüngeres und auch Deutschland betreffendes Beispiel zu wählen – der siebenjährige Krieg, der im Wesentlichen ein Kolonialkrieg zwischen England und Frankreich war. Dies alles waren imperialistische Kriege der Großmächte zur Erweiterung ihrer politischen Einflussphären.

Der entscheidende Unterschied zwischen den historischen imperialistischen Kriegen und den Kriegen des 19. und 20. Jahrhunderts bestand im Militärwesen. Seit der französischen Revolution ist die Zeit der Söldnerheere vorbei und Massenheere mit Wehrpflicht sind die Voraussetzung für die Kriegsfähigkeit der Großmächte. Dies hat ganz wesentliche Rückwirkungen auf die Politik: Es gilt, die Massen für den imperialistischen Krieg – der nun gar nicht in ihrem Interesse liegt – zu gewinnen. Auf diesen Punkt geht Kautskys obige Beschreibung der Geschichte des Imperialismusbegriffs nicht ein.

¹⁷ Karl Kautsky: Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution, erschienen 1909. Man beachte den Untertitel.

Ein falsch verstandener Lenin

Position, dass mit der Herausbildung des Imperialismus der Sozialismus als nächste Entwicklungsetappe der Gesellschaft unausweichlich geworden sei.¹⁸

Hilferding selbst formuliert dies 1910 eindeutig: „Das Finanzkapital in seiner Vollen- dung bedeutet die höchste Stufe ökonomischer und politischer Machtvollkommenheit in der Hand der Kapitaloligarchie. Es vollendet die Diktatur der Kapitalmagnaten. Zugleich macht es die Diktatur der nationalen Kapitalbeherrscher des einen Landes immer unver- träglicher mit den kapitalistischen Interessen des anderen Landes und die Herrschaft des Kapitals innerhalb des Landes immer unvereinbarer mit den Interessen der durch das Finanzkapital ausgebeuteten, aber auch zum Kampf aufgerufenen Volksmassen. In dem gewaltigen Zusammenprall der feindlichen Interessen schlägt schließlich die Diktatur der Kapitalmagnaten um in die Diktatur des Proletariats.“¹⁹

Was hier so revolutionär formuliert erscheint, ist politisch nichts anderes als der Kaut- skysche „Weg zur Macht“ von 1909, seine „*Politische(n) Betrachtungen über das Hin- einwachsen in die Revolution*“. Der unvermeidliche Zusammenbruch des kapitalistischen Systems verschafft der Sozialdemokratie eine parlamentarische Mehrheit und ermöglicht so die Aufrichtung des Sozialismus. Die Diktatur der Kapitalmagnaten „*schlägt schließ- lich um* in die Diktatur des Proletariats“, ganz ohne Machteroberung und Revolution. Der Untergang des Kapitalismus und mit ihm des Finanzkapitals ist im „Buch der Ge- schichte“ vorgezeichnet und somit unausweichlich. Als sozialdemokratischer Finanzmi- nister in der Weimarer Republik konnte Hilferding die Richtigkeit seiner Theorie in der Praxis überprüfen. Er versagte nicht nur bei der Aufrichtung des Sozialismus oder gar der Diktatur des Proletariats – er versuchte es erst gar nicht. Die reformistische Interpre- tation der ökonomischen Imperialismustheorie ist historisch gescheitert.

Oktober 2022 / Mai 2023

¹⁸ Siehe dazu auch Lenins Kritik an diesem Positionswechsel in LW Bd. 22, S. 294

¹⁹ Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital, EVA 1974, S. 503

Alfred Schröder

Eine verfehlte Debatte oder: Lenin aus dem Werkzeugkasten

Innerhalb der „Kommunistischen Organisation“ (KO) gibt es seit Monaten eine heftige Debatte über den Ukraine-Krieg und die Leninsche Imperialismustheorie. Diese Debatte hat zur Spaltung der Organisation geführt. Positiv an dieser Debatte ist, dass sie öffentlich geführt wird, so dass Interessierten die Möglichkeit gegeben wird, die Auseinandersetzung nachzuvollziehen bzw. selbst Stellung zu beziehen.

Wenn ich die unterschiedlichen Positionen richtig verstehe, versucht der eine Flügel den russischen Einmarsch in die Ukraine zu rechtfertigen, während der andere ihn für imperialistisch hält. Beide Flügel berufen sich letztendlich auf die Leninsche Imperialismustheorie, die jedoch von Protagonisten der beiden Flügel unterschiedlich interpretiert wird. Dem Wesen der Sache nach ist dies ein scholastischer Streit um die richtige Auslegung der „Schrift“ ohne ernsthaften Erkenntnisgewinn, allerdings mit ernsthaften Folgen für die politische Praxis.

Wo liegt das politische Problem?

Beide Flügel bewegt die Frage, wie der „Deutsche Imperialismus“ im jetzigen Ukraine-Krieg richtig zu bekämpfen ist. Muss man sich als deutscher Kommunist nicht notwendig auf die Seite Russlands schlagen, um den „Deutschen Imperialismus“ und die Nato zu bekämpfen? Ist nicht weiterhin die Losung „Der Feind steht im eigenen Land“ als internationalistische Losung richtig?

Der Pro-Putin Flügel in der KO und ihrem Umfeld folgert daraus, dass Russlands Krieg „ein **antiimperialistischer Verteidigungskrieg**¹ (ist). Die weltweiten Ambitionen der Imperialisten werden durch diesen Krieg ausgebremst. In diesem Sinne ist jede Äquidistanz, jede Verurteilung Russlands als ‚auch Aggressor‘ und ‚auch Imperialist‘ ein Verrat an der internationalen Solidarität.“ <https://kommunistische.org/wp-content/uploads/2022/09/Yana-Imperialismus-und-die-Spaltung-der-kommunistischen-Bewegung>

Hier wird der russische Einmarsch in die Ukraine zu einem antiimperialistischen Verteidigungskrieg uminterpretiert, da Russland vom „kollektiven Imperialismus“ – so die Argumentation – „ausgebeutet“ wird. Mit dieser These umgeht man die Fragestellung, inwiefern Russland nicht auch eine **nichtimperialistische** Antwort auf die NATO-Aktivitäten in der Ukraine gehabt hätte und warum die russische Führung dieselbe bewusst ausgeschlossen hat. (siehe dazu weiter unten Fußnote 4)

Doch zurück zu der Ausgangsfragestellung, deren Beantwortung wir für essentiell halten. In der Tat ist es richtig, für die Niederlage der Nato und ihrer ukrainischen Vasallen einzutreten. Jede Schwächung der NATO stärkt die Kampfpositionen der revolutionären Kräfte weltweit. Und deshalb ist es umso unverständlicher, warum die sich

¹ Hervorhebung im Original

Eine verfehlte Debatte

aufdrängenden und eindeutig antiimperialistisch-revolutionären Positionen weder in der theoretischen Auseinandersetzung noch bei der politischen Arbeit ins Zentrum gerückt werden:

Deutschland raus aus der Nato – Nato raus aus Deutschland!

Keine Unterstützung für die Kriegsukraine - keine Sanktionen gegen Russland!

Frieden auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen!

Diese Forderungen werden in der Linken kaum diskutiert und noch weniger öffentlich propagiert. Auch die Debatten in der KO und in ihrem politischen Umfeld behandeln diese **zentralen** politischen Forderungen gegen die NATO - um es höflich zu formulieren - „stiefmütterlich“; praktisch ignoriert man sie so gut wie vollständig. Und dies, obwohl eigentlich nur auf dem Boden dieser Forderungen **eine eigenständige politische Position der Kommunisten** sowohl gegen die eigene Bourgeoisie (dem von beiden Flügeln heftig kritisierten immerwährenden „Deutschen Imperialismus“), gegen den allseits propagierten Sozialchauvinismus (Unterstützung der angegriffenen Ukraine), als auch gegen den kleinbürgerlichen Pazifismus (Waffenstillstand und Frieden ohne Selbstbestimmungsrecht) bezogen werden kann.

Ohne klare Positionen, die sich in den entsprechenden politischen Forderungen (siehe oben) manifestieren, ist der stets beschworene Kampf gegen den immerwährenden „Deutschen Imperialismus“² mit allen seinen realen bzw. von den Linken angedichteten Eigenschaften³ nur ideologisches Geschwätz ohne ernsthafte politische Konsequenz.

Imperialismus in zaristischer Tradition

So richtig es ist, für die Niederlage der „eigenen Seite“ in einem imperialen Krieg einzutreten, so falsch ist es, deshalb im Umkehrschluss für den Sieg des anderen imperialen Räubers einzutreten. Ganz im Gegenteil. Die eigene politische Position verliert jegliche Glaubwürdigkeit, wenn die Kritik an der imperialistisch agierenden NATO mit einer beschönigenden Darstellung des russischen Imperialismus verbunden wird, wie das bei den Putin-Unterstützern in der KO der Fall ist.

Die Tatsache, dass die NATO bzw. Teile der NATO unter Führung der USA die Ukraine als Frontstaat gegen Russland ausgebaut haben, legitimiert keineswegs den ebenfalls imperialen Kriegsgrund Russlands: „Seit jeher nannten sich die Bewohner der südöstlichen, historischen altrussischen Lande Russen und Orthodoxe. So war es vor dem 17. Jahrhundert, als sich ein Teil dieser Gebiete wieder mit dem Russländischen Staat vereinte, und so blieb es danach.“ Für Putin wie für die Romanow-Zaren waren die

² Siehe dazu: Karuscheit: „Über eine originelle Theoriebildung“ https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2382

³ So erzählt R. Corell (KAZ) in einem Interview von der „nächsten Welle des deutschen Ostlandritts, der gerade eingeläutet wird“ und fabuliert an selber Stelle, dass „ein Teil des deutschen Monopolkapitals“ auf eine Niederlage der USA in der Ukraine spekuliert, mit dem Plan, „dass am Ende Russland geschwächt, die USA geschwächt (sind) und der deutsche Imperialismus auftreten kann.“ Der Phantasie sollen ja keine Grenzen gesetzt sein, dem Verstand, sowie der Wahrnehmung der Wirklichkeit zuweilen sehr enge.

Ukrainer danach schon immer Russen, und die Ukraine eine Schöpfung Lenins und der Bolschewiki und damit eigentlich keine eigenständige Nation, sondern ein im Westen liegender Teil der russischen Nation, der zum Mutterland zurückgeführt werden muss, um die Fehler Lenins zu korrigieren. (siehe dazu: https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2523) Dies ist russischer Großmachtchauvinismus wie aus der Zarenzeit.

Dank dieser russischen Politik erstarkte in der Ukraine der Nationalismus ebenso wie im Baltikum, in Polen oder in Finnland – alles Staaten, die in der Zarenzeit zu Russland „gehörten“, richtiger gesagt, vom Zarismus annektiert worden waren. Und die politische Reaktion in den genannten Staaten beruht auf der kaum bestreitbaren Tatsache, dass Putin mit seinen Ausführungen an die imperiale Politik des russischen Zarismus der vergangenen Jahrhunderte anknüpft und dies mit Absicht. Der Nationalismus soll in Russland an die Stelle der sozialen Frage treten, die für das Regime ungleich größere Sprengkraft birgt als das nationalistisch chauvinistische Bündnis mit der KP und der Russisch-Orthodoxen Kirche (deren Mitglied und Ordensträger der KP-Vorsitzende ist).

Dass Russland auf die unbestreitbare Einkreisungs- und Aufrüstungspolitik der NATO nur mit einem durch zaristische Eroberungen der vergangenen Jahrhunderte begründeten Krieg gegen die Ukraine antworten konnte, sagt viel über das politische System und sein außenpolitisches Programm aus: „Da die russische Politik selbst oligarchisch geprägt und damit reaktionär ist, blieb auch nur eine reaktionäre, imperiale Politik als Antwort auf die imperiale Politik der USA und NATO übrig. Dieser Krieg ist von allen beteiligten Seiten reaktionär und dies trifft auch auf jene Kräfte zu, die ihn „nur“ politisch, ökonomisch und mit Waffen unterstützen. ...“

Da die russische Politik diese Ausweitung nicht auf demokratische oder revolutionäre Weise mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen verhindern konnte und *wollte* – eine für den Mehrvölkerstaat Ukraine sehr gefährliche Forderung -, blieb nur der imperiale Krieg zur Zerschlagung der Ukraine.“⁴

⁴ Siehe https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2523; wie eine nicht imperialistische Politik Russlands gegenüber der NATO in der Ukraine auszusehen hätte, wurde dort ebenfalls dargestellt. Illustriert wird die Sprengkraft einer demokratischen und revolutionären Politik in der Beilage der Marxistischen Blätter Nr. 4/2022. In einem Interview mit dem griechischen Professor Dimitrios Patelis berichtet dieser von der Stimmung im Donbass und der Politik der russischen Bourgeoisie: „Noch dazu konnte ich bei meinem Besuch im Donbass 2015 mit eigenen Augen sehen, wie – gelinde gesagt – unaufrichtig sich diese russische Bourgeoisie samt ihrem politischen Personal im Kreml gegenüber der Bevölkerung in den beiden Volksrepubliken verhalten hat, als diese über Jahre hinweg gegenüber der Kiewer Junta aufbehrte und sich der militanten und mörderischen Aktionen gegen russischsprachige Mitbürger zu erwehren versuchte. Als die fortschrittlichsten Kräfte unter den Volksmilizen im Donbass schon tatsächlich einige erstaunliche Siege gegen die Nazi-Bataillone und Teile der damals noch ziemlich desorientierten ukrainischen Armee in Mariupol und Debalzewe errungen hatten, verschwanden auf mystische Weise nach und nach alle Leute, die noch irgendwelche klaren Vorstellungen vom einstigen Ziel des bewaffneten antioligarchischen, antiimperialistischen, antifaschistischen Aufstands hegten, das mir damals vor Ort zum Beispiel eine Reihe von Bergarbeitern erklärten mit dem Satz: ‚Unsere Heimat ist die Sowjetunion‘. Das war natürlich das letzte, was die Führung der russischen Bourgeoisie in ihrer Nachbarschaft gebrauchen konnte.“

Revolutionärer Defätismus statt neuem „Werkzeugkasten“ oder eine falsch verstandene Kritik Lenins an den Positionen von R. Luxemburg

Die heutige russische Politik mit Lenins Position zum 1. WK begründen zu wollen, wie der KAZ-Autor Corell es mit dem Verweis auf Lenins Kritik an R. Luxemburg⁵ ohne nähere Belege andeutet, entbehrt jeder Grundlage. Lenin trat von Beginn des Weltkrieges für die Niederlage des Zarismus im Krieg ein und begründete dies mit der Absicht, damit eine Verbesserung der Kampfmöglichkeiten der revolutionären Kräfte zu erzielen. „Haben wir nicht immer gesagt, und lehrt die historische Erfahrung der reaktionären Kriege nicht, dass Niederlagen das Werk der revolutionären Kräfte erleichtern.“⁶ Für die Niederlage des Zarismus, um die Revolution zu forcieren – das war Lenins Position.

Dies bedeutete allerdings nicht, dass er im Umkehrschluss für den Sieg der Mittelmächte oder der restlichen Entente Staaten eintrat. Vielmehr forderte er von den revolutionären Kräften in diesen Ländern, eine ebensolche revolutionär-defaitistische Position zu beziehen. Das ist neben der nationalen Frage sein zweiter grundlegender Kritikpunkt an Luxemburg und ihrer Junius-Broschüre. Für Luxemburg war Sieg oder Niederlage des eigenen Landes „beides gleich schlecht“.⁷

R. Corell von der KAZ argumentiert; „Was haben wir in unserem Werkzeugkasten und was davon wurde aus verschiedenen Gründen nicht genutzt? Zu diesen nicht genutzten Werkzeugen gehören die Fragen der Halbkolonie, Kompradoren und der nationalen Bourgeoisie.“ Die „verschiedenen Gründe“, die Corell nicht näher ausführt, sind einfach zu erkennen. Vor dem Ukraine-Krieg wäre kaum ein Mensch, geschweige denn ein revolutionärer Marxist, auf die Idee gekommen, Russland als „Halbkolonie“ – von welchem Land auch immer – zu definieren. Aber die theoretische Not, einen militärischen Überfall zu legitimieren, macht erfinderisch.

Dazu handelt Lenins Kritik an der Junius-Broschüre nicht von Corells „Werkzeugen“, die auf das heutige Russland gar nicht anwendbar sind, sondern von den Fehlern R. Luxemburgs in der nationalen Frage (mit der Corell sich durchaus näher beschäftigen sollte), von der unzureichenden Abgrenzung zum Kautskyanismus („in der Junius-Broschüre ... ist weder vom Opportunismus noch vom Kautskyanertum die Rede.“ – so Lenin, LW 22, S. 312) und der angesprochenen Position des fehlenden revolutionären Defätismus. R. Corells Versuch, in Lenins Kritik an der Broschüre Luxemburgs einen neuen „Werkzeugkasten“ mit Argumenten zur Unterstützung und Legitimierung der russischen Aggression zu finden, geht fehl.

Das theoretische Debakel

Beide Flügel der KO suchen ihre Positionen mit unterschiedlichen Interpretationen der Leninschen Imperialismustheorie zu begründen. Diese **Imperialismusdebatte** hat zwei unübersehbare Mängel, die den Beteiligten offensichtlich nicht bewusst sind. Ihre Debatte behandelt nicht den *Imperialismus*, sondern erstens eine Variante der

⁵ LW Bd. 22, „Über die Junius-Broschüre“ S. 310 ff.

⁶ LW Bd. 22, S. 324

⁷ LW Bd. 22, S. 324

ökonomischen Imperialismustheorie des frühen 20. Jahrhunderts und zweitens den Versuch, die politische Realität des 21. Jahrhunderts aus der ökonomisch begründeten Imperialismustheorie der II. Internationale herzuleiten.

Imperialismus ist aber keine Erfindung des 19. oder 20. Jahrhunderts, ebenso wenig wie imperialistische Kriege eine Erfindung diese Zeit sind. Imperialismus hat es zu allen Zeiten der Menschheitsgeschichte seit der Staatenbildung gegeben und damit ebensolche Kriege. Man höre dazu Lenin: „Ein Beispiel: England und Frankreich haben im Siebenjährigen Krieg um Kolonien gekämpft, d. h. einen imperialistischen Krieg geführt (der ebenso auf der Basis der Sklaverei und der Basis des primitiven Kapitalismus wie auf der gegenwärtigen Basis des hochentwickelten Kapitalismus möglich ist). ... Daraus ist ersichtlich, wie sinnlos es wäre, den Begriff Imperialismus schablonenhaft anzuwenden“.⁸

Hinter allen diesen Kriegen steckten Rivalitäten zwischen Staaten um Einflußsphären, politische und militärische Macht, ökonomische Interessen und territoriale Ansprüche. Und in den jeweiligen Staaten gab es unterschiedliche soziale Kräfte (Stände/Klassen) und durch sie gebildete politische Gruppierungen, die die jeweiligen Kriege herbeiführten oder kritisierten. Die Untersuchung dieser Ereignisse ist das Thema der Geschichtsschreibung, vorzüglich als Geschichte von Klassenkämpfen.

Der Ukrainekrieg lässt sich mit imperialistischer Politik, wie wir sie seit wenigstens zweitausend Jahre kennen, ganz ohne eine ökonomische Imperialismustheorie erklären. Zwei Großmächte oder Bündnisse führen Krieg miteinander auf dem Territorium eines anderen Staates, wie z.B. im 30jährigen Krieg das Haus Habsburg gegen Frankreich in Deutschland mit deutschen und spanischen Truppen, während das katholische Frankreich die protestantischen deutschen Fürsten und das ebenso protestantische Schweden finanzierte, um das Reich und die Habsburger Monarchie zu schwächen. Oder nehmen wir den gerade erwähnten Siebenjährigen Krieg zwischen England und Frankreich, in dem England Preußen finanzierte, um Frankreich einige Besitzungen in der Karibik, Nordamerika und in Indien abzunehmen usw.

Und genau einen solchen Krieg sehen wir in der Ukraine. Die US-geführte NATO finanziert die Aufrüstung der Ukraine, wohlwissend, dass Russland diese NATO-Ausdehnung nicht hinnehmen wird. Da Russland – bedingt durch die eigene oligarchisch geprägte Herrschaft – darauf nicht nationalrevolutionär (Selbstbestimmungsrecht der Völker), sondern nur nationalistisch reaktionär reagieren konnte, kam es zum jetzigen Ukraine-Krieg. Ausgefochten wird er auf ukrainischem Territorium mit dem massiven Einsatz von Söldnerverbänden und Vertrags- und Zeitsoldaten. Und dies von beiden Seiten. Jegliche umfangreichere Einbeziehung von Wehrpflichtigen wird von beiden Kriegsparteien, wenn irgend möglich vermieden, was den reaktionären Charakter des Krieges zusätzlich illustriert. Je mehr Wehrpflichtige durch Niederlagen an der Front in diesen Krieg einbezogen werden müssen, desto instabiler wird die Oligarchen-Herrschaft sowohl in Russland wie in der Ukraine.

⁸ LW Bd. 22, S. 316. Eine Textstelle aus Corells neuem „Werkzeugkasten“, die ihm entgangen ist.

Eine verfehlte Debatte

Dieser Krieg ist die **Fortsetzung der Politik** der US-geführten NATO einerseits und Russlands andererseits. Er bedarf zu seiner Erklärung keiner „ökonomischen Imperialismustheorie“. Sie dient einzig dazu, mit theoretischen Konstrukten, die sich völlig zu Unrecht auf Lenin berufen, die russische Aggression zu legitimieren. Diese Konstrukte nimmt - außerhalb jener sich immer mehr politisch isolierenden linken Gruppierungen - kein politisch interessierter Mensch ernst. Damit desavouiert man den revolutionären Marxismus und leistet dem Kampf gegen die imperiale Kriegspolitik einen Bärendienst.

Eine unsinnige Debatte

Ein Genosse, der offenkundig die Debatte der KO-Flügel ernsthaft verfolgt, schrieb in einer Mail an uns: „Meine zentrale Frage (ist): Wie kommen wir zu einer korrekten Klassenanalyse Russlands? Imperialistische Regionalmacht mit monopolkapitalistischer Rohstoffwirtschaft? Halbkolonie internationaler Rohstoffkonzerne? Kompradorenbourgeoisie vs. Nationale Bourgeoisie? Postsowjetische Gesellschaft im Transformationsprozess zu Oligarchen-Kapitalismus oder Neuer Demokratie?“

Der Genosse übernimmt mit seiner Fragestellung den von Corell und Anhängern eingebrachten „Werkzeugkasten“, aus der die weitgehend unbewiesenen Behauptung ausgepackt wurde, dass es sich bei Russland um eine Halbkolonie des „kollektiven Imperialismus“ handelt. In dieser Halbkolonie soll eine nationale Bourgeoisie, wohl von Putin angeführt, mit einer Kompradorenbourgeoisie, die weitestgehend im Ausland lebt, um die Macht ringen. Dadurch würde sich die Möglichkeit eines Bündnisses von Arbeiterklasse und nationaler Bourgeoisie im Krieg gegen die Ukraine schmieden lassen, welches dann eine nationalrevolutionäre „Neue Demokratie“ hervorbringen könnte.

Diese ganzen Begrifflichkeiten haben mit der Realität des Putinschen Russlands nichts zu tun. Hier wurden Bruchstücke aus – zumeist unverstandenen – Schriften Lenins (siehe Corells Erzählungen zur Junius-Broschüre) entlehnt und der heutigen politischen und ökonomischen Realität mit Gewalt übergestülpt. Sie dienen dazu, dem mit großrussischen nationalistischen Begründungen vorgenommenen Einmarsch in die Ukraine eine vermeintlich „marxistisch-leninistische“ Begründung zu verschaffen.

Zu den tatsächlichen Verhältnissen im heutigen Russland schreibt Willi Gerns in den Marxistischen Blättern:

„Wenn wir diese Grundsätze auf das heutige Russland anwenden, müssen wir feststellen: Russland ist ein kapitalistisches Land, in dem der größte Teil der Produktionsmittel im Zuge der antisozialistischen Konterrevolution in kapitalistisches Privateigentum übergegangen ist. Dominierend ist das geraubte Eigentum der Oligarchen-Clans. ... Diese Eigentumsstruktur wird durch die von der russischen staatlichen Behörde für Statistik (Rosstat) veröffentlichten Daten belegt.“ Die von dem Genossen Gerns anschließend mit den entsprechenden Angaben zitiert werden. Seine Schlussfolgerung: „Die politische Macht wird in Russland durch eine Herrschaftselite ausgeübt, in der die Macht der obersten Staatsbürokratie mit der Wirtschaftsmacht von Oligarchen zusammenwächst.“⁹ Die

⁹ Marxistische Blätter, Heft 1-15, 53. Jahrgang, S. 67-77

Konzerne und die sie repräsentierenden Personen werden dann im Einzelnen angeführt und als „Politbüro 2.0“ unter Putins Führung definiert.¹⁰

Übersetzen wir nun die von Gerns grob umrissenen sozialen Kräfte und ihre Herrschaftsform in die Welt der theoretischen Konstrukte von Corell und Anhängern. Die „nationale Bourgeoisie“ unter Putins Führung wird unterstützt von einer sozialchauvinistischen KP, die wie die Orthodoxe Kirche, den Krieg in der Ukraine mitträgt. Die KP nimmt hier dieselbe Rolle ein wie die deutsche Mehrheitssozialdemokratie im 1. WK: die Arbeiter und weitere Teile des Volkes für den imperialen Krieg zu begeistern. Im Feld stützt sich diese Koalition - neben Berufs- und Zeitsoldaten - wesentlich auf die Söldner der sog. Wagner-Gruppe (teils verurteilte Kriminelle) und Kadyrows Tschetschenen. Das soll die Klassenbasis einer künftigen „Neuen Demokratie“ in Russland darstellen?

Sobald man versucht, die abstrakten theoretischen Konstrukte (Halbkolonie, nationale Bourgeoisie, Kompradorenbourgeoisie, kollektiver Imperialismus¹¹ etc.) mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu konfrontieren, enthüllt sich die ganze Absurdität dieser Debatte. Mit einer Handvoll Schlagworten aus den Leninschen Schriften suchen Corell und Co. die Realität zu „vernebeln“ und statt über einen *konkreten* imperialen Krieg eine Debatte über gefundene und erfundene theoretische Konstrukte zu führen. In der Praxis führt dies zur Unterstützung eines imperialen, nationalistisch-chauvinistisch begründeten Krieges Russlands und ebenso zur weiteren Isolierung und Diskreditierung der Kommunisten in Deutschland. Es ist eine in jeder Hinsicht verfehltete Debatte.

Februar 2023

Alfred Schröder

Imperialismus-Kritik nach dem Steinbruchverfahren

Die Fortsetzung einer verfehlten Debatte

Ausgangspunkt aller Debatten der letzten Monate über den „Imperialismus“ war der aktuelle Krieg in der Ukraine und wie er zu bewerten sei. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Politik der Kommunisten. Wir haben dazu wiederholt klar Position bezogen, u.a. mit den Forderungen: **„Deutschland raus aus der NATO – Nato raus aus Deutschland“** sowie der Forderung **„Frieden auf dem Boden des**

¹⁰ Dass W. Gerns im letzten Drittel des Artikels Russlands Politik im Jahr 2015 noch zu verteidigen sucht, ist wohl seiner politischen Herkunft geschuldet. Ob er dies heute noch genauso formulieren würde, ist zu bezweifeln. In *der ausgezeichneten marxistischen Arbeit* von Ditte Gerns zur nationalen Frage <https://www.jungewelt.de/artikel/442254.marxismus-leninismus-eine-klassenfrage.html> wird er mit deutlich kritischeren Positionen gegenüber der Putinschen Politik zitiert.

¹¹ Mir erschließt sich der Unterschied zwischen dem „kollektiven Imperialismus“ von Corell und Yana, zu dem theoretisch bekannten „Ultraimperialismus“ von Kautsky und Hilferding **nicht**. War man – nicht ganz zufällig – im falschen Werkzeugkasten fündig geworden?

Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen“. Da dieser Krieg ein reaktionärer und imperialistischer Krieg von allen beteiligten Parteien ist, stehen wir auf dem Boden des **revolutionären Defaitismus** und treten für die Niederlage der kriegsführenden Oligarchen in der Ukraine und Russland ein.

Zu diesen eindeutigen Positionen gibt es m.W. bisher **keine einzige Kritik** in der linken Debatte, obwohl es große Unklarheiten über die richtigen Forderungen innerhalb der Friedensbewegung gibt, wie gerade der Ostermarsch dieses Jahr erschreckend deutlich gemacht hat. Statt über die politische Ausrichtung, diskutieren die wenigen verbliebenen Kommunisten lieber über die richtige Auslegung der „Schrift“ und ihre möglichen Anwendungen zur Interpretation der Wirklichkeit. Dies betrachte ich als völlig verfehlt und auch persönlich deprimierend. Deshalb vorweg etwas Methodisches.

Methodisches

In meinem letzten Artikel („Eine verfehltete Debatte“ = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2644) war die **Grundaussage**, wie unsinnig es ist, die Wirklichkeit aus Zitaten der Klassiker zu interpretieren; wie verfehlt es ist, den besagten „Werkzeugkasten“ (Corell, KAZ/DKP) zu nutzen, um die aktuelle Politik zu legitimieren. Ein solches Verfahren verdeutlicht nur, dass man in der Wirklichkeit keine ausreichend belastbaren Tatsachen und Argumente für die eigene, darum zumeist fehlerhafte Position gefunden hat. Dann müssen die Klassikerzitate erhalten, um eine wirklichkeitsferne Politik zu begründen. Die Exegese von Klassikertexten ist keine Verfahrensweise für die Anwendung der revolutionären Theorie des Marxismus auf die gesellschaftliche Realität, sondern eine nicht umsonst religiös und sektenhaft anmutende Diskreditierung derselben.

Das jüngste Beispiel dafür liefert der Genosse H. aus Hannover. In dem Beitrag über „Eine verfehltete Debatte“ hatte ich auf eine Aussage Lenins aus dessen Kritik an der Juniusbroschüre Luxemburgs aufmerksam gemacht, worin Lenin sich gegen die schablonenhafte Verwendung des Begriffs „Imperialismus“ aussprach und verschiedene historische Kriege als „imperialistisch“ charakterisierte. Dem setzt H. ein Zitat aus Lenins *Imperialismusschrift* entgegen, worin es heißt: "Kolonialpolitik und Imperialismus hat es auch vor dem jüngsten Stadium des Kapitalismus und sogar vor dem Kapitalismus gegeben. Das auf Sklaverei beruhende Rom trieb Kolonialpolitik und war imperialistisch. Aber 'allgemeine' Betrachtungen über den Imperialismus, die den radikalen Unterschied zwischen den ökonomischen Gesellschaftsformationen vergessen oder in den Hintergrund schieben, arten unvermeidlich in leere Banalitäten oder Flunkereien aus, wie etwa der Vergleich des ‚größeren Rom mit dem größeren Britannien.‘ Selbst die kapitalistische Kolonialpolitik der früheren Stadien des Kapitalismus unterscheidet sich wesentlich von der Kolonialpolitik des Finanzkapitals" (Lenin, Bd. 22, S. 264)

Das ist genau das klassische Verfahren des „Werkzeugkastenprinzips“, früher hieß dies „Steinbruchverfahren“. Es gefällt dem Genossen nicht, dass Karuscheit und ich den Ukrainekrieg aus dem Vormachtstreben der USA in Europa und der großrussisch-imperialen Reaktion Russlands darauf hergeleitet haben und nicht aus dem Finanzkapital sowie der ökonomischen Imperialismustheorie der II. Internationale in ihrer

Leninschen Ausprägung. Aber das möchte er so nicht offen kritisieren. Warum? Weil dies offensichtlich machen würde, dass der Genosse eigentlich eine Argumentation wünscht, die die aktuellen Ereignisse aus – oder wenigstens in Übereinstimmung mit – den Zeilen der „Schrift“ interpretieren würde.

Stattdessen fordert er zum „Nachdenken“ über ein Lenin-Zitat auf, das auf die Unterschiede zwischen der Kolonialpolitik des römischen Reiches, der kapitalistischen Kolonialpolitik und jener im Zeitalter des Imperialismus verweist. Nur zu diesen Themen haben weder der Genosse Karuscheit noch ich publiziert, noch haben diese Aussagen irgendetwas mit dem konkreten Ukrainekrieg und seinen Ursachen zu schaffen. Und über den Imperialismus im ‚Allgemeinen‘ haben wir uns ebenso wenig geäußert, stattdessen über die konkreten politischen Ereignisse, die den Ukrainekrieg hervorgebracht haben.

Der Ukrainekrieg – ohne Monopole, Finanzkapital und Kolonialpolitik

In „Eine verfehltete Debatte“ schrieb ich: „Der Ukrainekrieg lässt sich mit imperialistischer Politik, wie wir sie seit wenigsten zweitausend Jahre kennen, ganz ohne eine ökonomische Imperialismustheorie erklären. Zwei Großmächte oder Bündnisse führen Krieg miteinander auf dem Territorium eines anderen Staates, wie z.B. im 30jährigen Krieg das Haus Habsburg gegen Frankreich in Deutschland mit deutschen und spanischen Truppen, während das katholische Frankreich die protestantischen deutschen Fürsten und das ebenso protestantische Schweden finanzierte, um das Reich und die Habsburger Monarchie zu schwächen. Oder nehmen wir den gerade erwähnten Siebenjährigen Krieg zwischen England und Frankreich, in dem England Preußen finanzierte, um Frankreich einige Besitzungen in der Karibik, Nordamerika und in Indien abzunehmen usw.

Und genau einen solchen Krieg sehen wir in der Ukraine. Die US-geführte NATO finanziert die Aufrüstung der Ukraine, wohlwissend, dass Russland diese NATO-Ausdehnung nicht hinnehmen wird. Da Russland – bedingt durch die eigene oligarchisch geprägte Herrschaft – darauf nicht nationalrevolutionär (Selbstbestimmungsrecht der Völker), sondern nur nationalistisch reaktionär reagieren konnte, kam es zum jetzigen Ukraine-Krieg. Ausgefochten wird er auf ukrainischem Territorium mit dem massiven Einsatz von Söldnerverbänden und Vertrags- und Zeitsoldaten. Und dies von beiden Seiten. ...

Dieser Krieg ist die **Fortsetzung der Politik** der US-geführten NATO einerseits und Russlands andererseits. Er bedarf zu seiner Erklärung keiner „ökonomischen Imperialismustheorie“. Sie dient einzig dazu, mit theoretischen Konstrukten, die sich völlig zu Unrecht auf Lenin berufen, die russische Aggression zu legitimieren.“ (Siehe: „Eine verfehltete Debatte“.)

Will der Genosse H. dies, d.h. will er die russische Aggression legitimieren, dann sollte er das sagen und nicht zu einem nicht näher bestimmten Nachdenken über einige Zeilen des Lenintextes auffordern. Das in dem Kontext obiger Argumentation von mir angeführte Leninzitat verweist nur darauf, dass auch dem russischen Revolutionär bekannt war, dass der Imperialismus als politisches Phänomen deutlich älter ist als die ökonomische Imperialismustheorie der II. Internationale. Deshalb spricht Lenin –

Kritik nach dem Steinbruchverfahren

gerade in seiner Imperialismusschrift – wiederholt vom „kapitalistischen Imperialismus“, um auf diesen Tatbestand hinzuweisen.

Um die Argumentation noch etwas klarer zu fassen: Karuscheit und ich haben den Charakter des aktuellen Krieges nicht aus der „Schrift“ abgeleitet, sondern aus den Widersprüchen zwischen den Großmächten und ihrem Versuch, diese Widersprüche durch einen imperialistischen Krieg zu lösen, der nach dem Willen der USA ganz nebenbei auch noch die deutsch-französische Vorherrschaft über die EU beseitigen soll. Wer diesen Ansatz für falsch hält, mag ihn kritisieren - und wird in uns interessierte Diskutanten finden - aber bitte anhand von Tatsachen und nicht von Lenin-Zitaten.

Der endlos „sterbende Kapitalismus“ der ökonomischen Imperialismustheorie

Der Genosse H. hat Lenin und seiner in der Linken so beliebten Imperialismusschrift einen „Bärendienst“ erwiesen, indem er gerade die oben zitierte Textstelle aus dem „Werkzeugkasten“ ans Licht geholt hat. Das Anliegen des Genossen liegt auf der Hand. Er möchte darauf hinweisen, dass der Imperialismus und seine jeweilige Kolonialpolitik nur dann richtig zu beurteilen sei, wenn man „den radikalen Unterschied zwischen den ökonomischen Gesellschaftsformationen“ – so das Lenin Zitat – herausarbeitet. Und Lenin geht davon aus, dass die Großmächte sich seit der Jahrhundertwende im Zeitalter des Imperialismus befinden, den er in seiner Schrift folgendermaßen definierte:

„Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole.“ (LW 22, S. 302) Und weiter: „Wir haben gesehen, dass der Imperialismus seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus ist. Schon dadurch ist der historische Platz des Imperialismus bestimmt, denn das Monopol ... bedeutet den Übergang von der kapitalistischen zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsform. ...“ (S. 304) „Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, dass er charakterisiert werden muss als Übergangskapitalismus, oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus.“ (S. 307)

Nun stirbt dieser ökonomisch hergeleitete Imperialismus schon deutlich länger als wir leben. Und doch erfreut er sich mit den Überfällen auf Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Syrien, Ukraine etc. – um nur die letzten Jahrzehnte anzuführen – ungebrochener Vitalität. Wäre es deshalb nicht an der Zeit, mit dieser ökonomistischen Verengung der Imperialismustheorie zu brechen, die ja augenscheinlich durch die Entwicklung der vergangenen hundert Jahre widerlegt wurde? Während der Imperialismus als *politische* Triebkraft der Großmächte fortexistiert, ist die *ökonomische* Imperialismustheorie der II. Internationale (und dazu gehört auch die Leninsche Spielart dieser Theorie) sowohl theoretisch widerlegt als auch politisch gescheitert.

Dazu die eine oder andere mit Fakten belegte Kritik aus der bürgerlichen Forschung zum Zusammenhang von Imperialismus, Kolonialismus (und seinen Formen) sowie dem vom „Finanzkapital“ betriebenen Kapitalexport. Ich werde hier weitgehend unkommentiert mit einigen Zitaten einen kurzen Einblick in den Stand der Forschung zu diesem Thema geben. Man muss diese Kritik nicht teilen, aber in der Sache sollte man dann in der Lage sein, die angeführten Argumente widerlegen zu können.

Zur Ehrenrettung von Hobson, Hilferding und Lenin sei vorweg darauf hingewiesen, dass den genannten Autoren die deutlich nach ihren Veröffentlichungen zusammengetragenen Daten nicht bekannt waren. Für die heutigen Verfechter der ökonomischen Imperialismustheorie ist diese Entschuldigung natürlich nicht mehr gegeben.

Monopolkapitalismus, Finanzkapital und Kolonien

„Bei der Verifizierung dieser These vom Zusammenhang zwischen Kapitalexport und Imperialismus anhand der historischen Tatsachen erweist sich ihre Schlüssigkeit sowohl aus chronologischen wie auch aus geographischen Gründen rasch als brüchig. Der russische, italienische und japanische Imperialismus lassen sich durch die Notwendigkeit von Kapitalexport überhaupt nicht erklären, denn diese Länder hatten keinerlei überflüssiges Kapital zu exportieren, sondern mussten es vielmehr aus den westeuropäischen Ländern importieren. Die Bildung von Finanzkapital datiert Lenin auf die Zeit nach 1900; die deutschen Kolonien wurden aber fast ausschließlich in den beiden Jahrzehnten vor 1900 erworben.“ (und nicht nur die deutschen; A.S.)

„Im Falle Frankreichs und Englands kann von der Herausbildung eines Monopolkapitalismus in nennenswertem Umfang nicht die Rede sein. Alle drei Länder investierten ihr Auslandskapital, wie wir heute ziemlich genau wissen, nur zu einem Bruchteil in den eigenen Kolonien, zum ganz überwiegenden Teil in nichtkolonialen Gebieten: Deutschland in Österreich und der Türkei; Frankreich in der Türkei, auf dem Balkan, der Pyrenäen-Halbinsel und vor allem in Russland; England in seinen älteren Dominions, in den USA, in Argentinien und in China.

Der Anteil der deutschen Investitionen in den deutschen Kolonien an den gesamten Auslandsinvestitionen Deutschlands liegt, ... für den Zeitraum bis 1914 bei 3,8 Prozent; Frankreich exportierte 1900 5,3 Prozent seines Auslandskapitals in seine Kolonien, 1914 8,8 Prozent; England platzierte 1913 47 Prozent seiner Auslandsinvestitionen im Empire, aber mit Einschluss der Dominions, die den Hauptteil absorbierten.“ (Winfried Baumgart: Deutschland im Zeitalter des Imperialismus 1890-1914, 4. Auflage 1982, S. 36)

„Auch was die weiteren ökonomischen Argumente angeht, die vor allem von den Führern der damaligen Kolonialbewegung und -agitation für den Erwerb von überseeischen Territorien ins Feld geführt wurden, dass die Kolonien nämlich **Rohstoffquellen und Absatzmärkte** seien oder in Zukunft zu solchen sich entwickeln würden, so erweisen sie sich bei ihrer Gegenüberstellung mit den Tatsachen in fast allen Fällen als propagandistische Verbrämung, als nachträgliche Rechtfertigung, als Zukunftsträume oder als Selbsttäuschung. ... Für die deutsche Schwerindustrie waren die Schutzgebiete in Afrika ‚Kolonialreiche, die im Monde liegen‘; der Kohleindustrielle Emil Kirdorf wollte die deutsche Afrikapolitik auch nicht mit ‚einer Tonne Kohle‘ stützen. ...

Der Anteil des Kolonialhandels am Gesamtaußenhandel fiel bei den drei Ländern Deutschland, England und Frankreich stets recht bescheiden aus, von den anderen Mächten ganz zu schweigen. In Deutschland hat er bis zum Weltkrieg nie den lächerlichen Satz von 0,5 Prozent überschritten ...“ (Winfried Baumgart: Deutschland im Zeitalter des Imperialismus 1890-1914, 4. Auflage 1982, S. 36-37)

Kritik nach dem Steinbruchverfahren

„Was den Prozess der Finanzkapitalausbildung angeht, so ist er wieder nur auf Deutschland einigermaßen zutreffend. In Frankreich kam es gerade nicht zur Fusion von Industrie- und Bankkapital. Das Industriekapital hielt sich unabhängig von den Großbanken und wurde von der Industrie zu Eigeninvestitionen, kaum zum Export eingesetzt.“ (Winfried Baumgart: Der Imperialismus. Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonialexpansion 1880-1914. Wiesbaden 1975, S. 78)

„In Frankreich gingen Warenausfuhr und Kapitalausfuhr eigene Wege. So war Russland vor dem Kriege der größte Schuldner Frankreichs, aber nur sein zehntbester Handelspartner. Auf dem Balkan wurde das von Frankreich bereitgestellte Kapital zum Waffenkauf in Deutschland verwendet. Lenin scheint fälschlich gerade Frankreich als bestes Beispiel für die Verknüpfung von Kapitalanleihen und Handelsgeschäften anzusehen, wenn er sagt: ‚Der Kapitalexport wird (für Frankreich) zu einem Mittel, den Warenexport zu fördern. Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Auch in England ist es zu einer Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital nicht gekommen. Auch hier benutzte die Industrie ihr Kapital zur Re-Investition ...‘ (Winfried Baumgart: Der Imperialismus. Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonialexpansion 1880-1914. Wiesbaden 1975, S. 78-79)

Soweit die heute bekannten Fakten zur **ökonomischen** Imperialismustheorie. Sie ist nicht nur praktisch-politisch gescheitert – durch die Fortexistenz eines quicklebendigen Imperialismus der Großmächte, obwohl derselbe laut dieser Theorie seit über 100 Jahren auf dem Sterbebett liegt und mit dem Tode ringt. Ebenso ist sie theoretisch durch eine gründliche Untersuchung der ökonomischen und politischen Fakten von der bürgerlichen Kritik widerlegt worden.

Exegese und eine Frage an den Genossen H.

Zum Schluss einige Anmerkungen zum besagten Lenin-Zitat, das der Genosse H. gerne gründlicher durchdacht hätte. Dort heißt es: „Selbst die kapitalistische Kolonialpolitik der früheren Stadien des Kapitalismus unterscheidet sich wesentlich von der Kolonialpolitik des Finanzkapitals“. (Lenin, LW 22, S. 264) Da der Genosse uns keine weiteren Hinweise gibt, was uns das sagen soll, macht es Sinn, einen Blick auf die Kolonialpolitik des ausgehenden 19. Jahrhunderts zu werfen, um zu verstehen, was Lenin mit diesen Sätzen gemeint haben könnte.

Einige Seiten vor obigem Zitat schreibt Lenin selbst zu diesem Thema: „In seinem Werk über den Imperialismus hebt Hobson die Periode von 1884 – 1900 als Periode verstärkter ‚Expansion‘ der wichtigsten europäischen Staaten hervor. Seiner Berechnung nach erwarb England während dieser Zeit 3,7 Millionen Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 57 Mill.; Frankreich 3,6 Mill. Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 36,5 Mill.; Deutschland 1 Mill. Quadratmeilen mit 14,7 Mill.; Belgien 900.000 Quadratmeilen mit 30 Mill. Und Portugal 800.000 Quadratmeilen mit 9 Mill. Einwohnern. Die Jagd aller kapitalistischen Staaten nach Kolonien gegen Ende der 19. Jahrhunderts und besonders seit den achtziger Jahren ist eine allbekannte Tatsache in der Geschichte der Diplomatie und der Außenpolitik.“ (LW 22, S. 260)

War die Kolonialpolitik vor den 80er Jahren des 19. Jahrhundert geprägt von Handelsstützpunkten und Siedlungskolonien, begann zu diesem Zeitpunkt die territoriale Aufteilung und Besetzung der Länder Afrikas und Polynesiens. Hierzu Lenin: „Wir haben bereits gesehen, dass die Periode der höchsten Entwicklung des vormonopolistischen Kapitalismus mit vorwiegend freier Konkurrenz, in die sechziger und siebziger Jahre des vorherigen Jahrhunderts fällt. Jetzt sehen wir, dass gerade nach dieser Periode ein ungeheurer Aufschwung der kolonialen Eroberungen beginnt ...“ (Ebenda)

Und zur Abrundung dieser Darstellung auch noch eine bürgerliche Quelle: „Während ... noch Mitte der achtziger Jahre von der Konsolidierung des bestehenden Empires (gesprochen wurde), hatte die weltpolitische Entwicklung dieses Programm und damit den Begriff des ‚true‘ imperialism bereits ausgehöhlt: ‚Das Zeitalter des Imperialismus‘ hatte begonnen. Die fast ausschließlich äußeren, politischen und sozialen Faktoren, die es zunächst bestimmen, wirken sich begriffsgeschichtlich erst sehr viel später aus. ... Frankreich kompensierte seine Verluste in Europa (1870/71) durch eine erhebliche Ausdehnung seines Kolonialbesitzes. Es annektierte 1881 Tunis, 1883-85 Annam und Tongking, 1885 Madagaskar, 1893 Laos. Damit war der Wettlauf nach den noch „freien“ Teilen der Erde entfesselt, an dem sich das Deutsche Reich nach anfänglichem Zögern beteiligte: 1884 Deutsch-Südwestafrika, Togo und Kamerun, im Pazifik Kaiser-Wilhelm-Land und Bismarck-Archipel; 1885 Deutsch-Ostafrika, 1898 Kiautschou, 1899 die Marianen-, Karolinen- und Palau-Inseln.

Nun ging auch England wieder zu einer zielbewussten Annexionspolitik über: Nachdem es schon 1882 Ägypten besetzt hatte, sicherte es sich 1884 Britisch-Neuguinea, Somaliland, einen Teil von Nigeria und durch Rhodes Initiative Betschuanaland, 1889/90 das Maschona- und Matabelland (die drei letztgenannten Gebiete seit 1895 als ‚Rhodesia‘ zusammengefasst, zu dem 1898 noch das Barotseland geschlagen wurde). England (wie auch Deutschland) wurde durch private, nicht durch staatliche Initiative in diesen Wettlauf engagiert; wenn auch, nachdem er einmal in Gang war, der Staat mehr und mehr die Leitung der Expansion übernahm.“ (Hans Werner Kettenbach: Lenins Theorie des Imperialismus, Köln 1965, S. 62 – 63)

Die Schlussfolgerung, die wir aus diesen Quellen ziehen können, ist eindeutig: Die Kolonialpolitik des *Kapitalismus* endete in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Danach begann bei Lenin die Kolonialpolitik des „*Imperialismus*“ und des „Finanzkapitals“, in der bürgerlichen Geschichtsschreibung das „Zeitalters des Imperialismus“. Ausgangspunkt ist in beiden Fällen eine tatsächliche Veränderung in der Kolonialpolitik der Großmächte, die die **territoriale Besitzergreifung** Afrikas und Ozeaniens beinhaltet.

Nun steht aber in der „Schrift“ wörtlich: „Das 20. Jahrhundert ist also der Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zur Herrschaft des Finanzkapitals.“ (LW 22, S. 229) Wie erklärt der Genosse H. diese erstaunliche Differenz? Die Kolonialpolitik ändert sich bei den Großmächten – sowohl nach Lenin als auch in der Wirklichkeit – ab den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts. Das „Finanzkapital“ und der „kapitalistische Imperialismus“, die vermeintliche Ursache

Kritik nach dem Steinbruchverfahren

dieser neuen Kolonialpolitik in der ökonomischen Imperialismustheorie bei Lenin, entstehen aber erst 20 Jahre später, nämlich zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die These, dass es das Finanzkapital war, welches diese Veränderung bewirkt habe, steht im offensichtlichen Widerspruch zu Lenins Argumentation, die das Finanzkapital erst mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts entstehen lässt. Seine Theorie kann die Änderung der Kolonialpolitik ab den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts nicht erklären. Dieses Problem ist dem Genossen H. bei seinem Nachdenken über das von ihm herausgesuchte Lenin-Zitat gar nicht aufgefallen.

Hinweis zum Nachdenken

Da es mir nicht um Textexegese, sondern um Erkenntnisgewinn geht, möchte ich zum Abschluss einige Hinweise geben, wie das „Zeitalter des Imperialismus“ aus den Widersprüchen zwischen den Klassen in den damaligen imperialen Großmächten erklärt werden kann. Dazu stelle ich hier einen bisher unveröffentlichten Text aus dem Jahr 2006 vor. Damals fand ein einwöchiges Imperialismus-Seminar, organisiert von „mehreren Genossinnen und Genossen aus dem Umfeld der AzD und der online-Zeitschrift „Kommunistische Debatte“ statt (siehe AzD Nr. 76, S. 3 ff.), wo ich zum Thema Imperialismustheorie referierte. Mein Referat von damals liegt heute nur noch als schriftliche Zitatensammlung zum Thema und nicht mehr als vollständige Text-Datei vor. Das Fazit meines damaligen Referates – so wie es mir noch vorliegt - stelle ich an den Schluss dieses Textes. Die Sätze sind nicht vollständig ausformuliert (da Referat), die inhaltlichen Positionen aber deutlich erkennbar. Sie spiegeln nicht mehr im **Einzelnen meine heutigen Auffassungen** zum Thema wider, zeigen aber die Richtung an, in der ich weiterhin eine Erklärung für das „Zeitalter des Imperialismus“ zu finden meine.

Vielleicht ist das ein Ansatz zum „Nachdenken“ – nicht über ein einzelnes Leninzitat, sondern über die tatsächliche Geschichte.

„Thesen zum Imperialismus“ – 2006 – Fazit des Referates

1. Sowohl in der marxistischen Theorie und Politik (zur marxistischen Unklarheit siehe die entsprechenden Kautsky-Zitate), als auch in der bürgerlichen Wissenschaft und Politik des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts keine einheitliche Definition dessen, was denn Imperialismus sei.

Inflationärer Gebrauch des Begriffes „Imperialismus“ – ohne dass eine einheitliche Füllung des Begriffs gegeben war. Bedeutsam aber, dass „die Überzeugung, dass die nationale Wirtschaft kolonialer Dependancen bedürfe, bald Allgemeingut der bürgerlichen Schichten aller Industrienationen (wurde) und keineswegs nur als Resultat interessenpolitischer Agitation der jeweils betroffenen Unternehmensgruppen gelten kann). Allein, es ist charakteristisch, dass die Auffassungen fast nirgends einer wirklichen Überprüfung unterworfen wurden“ (Mommsen). Gebrauch wie heute der Begriff Globalisierung – als Kampfparole bestimmter sozialer Gruppen?

Unklarheiten über diesen Begriff auch bei Marxisten (siehe Kautskys Schilderung). Vereinheitlichung dann ab 1917 mit Lenins Schrift, die aber völlig andere Absicht hat: dabei „handelt es sich primär um eine polemische Kampfschrift von nur begrenzt theoretischem Niveau, die sich insbesondere gegen die sozialchauvinistischen Tendenzen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie richtete, darüber hinaus aber auf ihre Weise die Frage zu beantworten suchte, weshalb die Revolution in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ausgeblieben sei.“ (Mommmsen) M.E. Versuch der ökonomischen Begründung für den „Verrat“ der SD und der ihr folgenden Arbeiterschichten.

2. Jede direkt ökonomistische Imperialismustheorie (Finanzkapital Handelskapital, Industriekapital oder diverse Bündnisse derselben) muss verworfen werden. Motive wie gesellschaftliche Umsetzbarkeit sind nicht nachweisbar. Keine Rohstoffabhängigkeit, noch nach Anlagemöglichkeiten suchendes Kapital als Triebkraft für koloniale Annexion nachweisbar. Sicherung des Absatzmarktes für England wird von Hobsbawm behauptet, aber auch hier vielfach ins informelle Empire.

3. Das Phänomen des „Imperialismus“ muss für die drei Hauptprotagonisten – England, Deutschland, Frankreich – *jeweils konkret untersucht* werden. Eventuell ist eine Betrachtung der Sonderfälle USA und Japan nötig. Das deutsche Kaiserreich betreibt keine „imperiale“ oder „imperialistische“ Politik. Wehler bemerkt zurecht, dass für das deutsche Kaiserreich beispielsweise von „Bismarcks Kolonialpolitik“ bis 1890 und anschließend von „Flotten- und Weltpolitik“ gesprochen wird. Möglicherweise in England – dem Ausgangspunkt der Imperialismus-Idee – der Inhalt des Imperialismusbegriffs etwas klarer: Angliederung bzw. Verschmelzung ausländischer (überseeischer) Territorien an das Mutterland, um den Bedeutungsverlust Englands gegenüber den Kolonialmächten zu kompensieren (bedingt durch Eisenbahn gegen Schifffahrt). **Dies aber nie beherrschender Inhalt der englischen Politik**, sondern letztlich nur die Sicherung Indiens.

4. Welche Gemeinsamkeiten weisen bei allen Unterschieden die entsprechenden Staaten auf:

I. Abwendung vom Liberalismus in der Wirtschaftspolitik *und Hinwendung zum Interventionsstaat*, mit Protektionismus (Deutschland, Frankreich?) Wachsende Rolle des Staates im politischen und wirtschaftlichen Geschehen. Hier stellt sich die Frage warum? Wächst dieses Bedürfnis **hauptseitig** aus der Produktion oder hauptseitig aus den anwachsenden gesellschaftlichen Widersprüchen?

II. Hereindrängen der Massen in die Politik, Ausdehnung oder verstärkte Ausnutzung des Wahlrechts. („politischer Massenmarkt“)

III. Anwachsen der sozialistischen Strömungen in der Industriearbeiterschaft und außerhalb Deutschlands auch im Kleinbürgertum.

IV. Dies legt nahe, in der Ideologie des Imperialismus (insbesondere da er sich politisch mit Nationalismus und Kolonialismus vermengt), ein Instrument zur Einbindung der Mittelschichten und besser gestellten Teilen der

Kritik nach dem Steinbruchverfahren

Arbeiterklasse in die Hegemonie der herrschenden Schichten (Grundbesitz und Schwerindustrie) zu sehen. Diese **Ideologie** ist allerdings für die entscheidenden Fragen der Außenpolitik **ohne Bedeutung**, sie ist ein Instrument der Innenpolitik, das auf die Außenpolitik zurückwirkt, sie aber nicht bestimmt. ...“

Zum Schluss meines Referates folgende Feststellung zum Kaiserreich:

„In Deutschland speziell ist der Imperialismus historisch ein Kampfbegriff von Teilen der Bourgeoisie und des intellektuellen Kleinbürgertums (Max Weber, Naumann etc.) zur „Modernisierung“ der Gesellschaft in ihrem Sinne: Machtgewinn im Staate ohne Entmachtung der Junker, ohne Erkämpfung des Parlamentarismus, ohne Demokratisierung der Gesellschaft, also gegen die sich entwickelnde Arbeiterschaft. Der „Imperialismus“ und die Flottenpolitik ist ihr Panier zur Erschleichung der Macht ohne eigenständiges gesellschaftspolitisches Programm und ohne Klassenkampf. Der Marxismus der II. Internationale hat ihre Phrasen gefressen und nichts begriffen.“

April 2023

Heiner Karuscheit

Der Ukrainekrieg, die russische Kompradorenbourgeoisie und ein neuer deutscher Ostlandritt

Über eine originelle Theoriebildung

Vor einiger Zeit hat Richard Corell von der *Kommunistischen Organisation* bzw. der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* ein Interview zum Ukraine-Krieg gegeben, das in Teilen der Linken immer noch als richtungsweisend gilt. <https://kommunistische.org/kongress/interview-die-unterschiede-muessen-herausgearbeitet-werden/>

Was ist darin über den Krieg sowie über die Rolle Russlands und Deutschlands zu lesen?

Zum einen erfahren wir, dass in Russland „*eine kleine Clique, die hinter Putin steht, den Staatsapparat kontrolliert*“. Diese Clique kann aber „*nicht einfach herrschen, wie sie will*“, weil Russland sich in Wirklichkeit in einem „*Transformationsprozess*“ befindet, in dem eine „*Kompradorenbourgeoisie*“ und eine „*nationale Bourgeoisie*“ um die Macht ringen.

Wir haben also Corell zufolge eine Putin-Clique, die zwar den Staatsapparat kontrolliert, aber den Staat nicht beherrscht, weil die eigentliche Macht von anderen Kräften beansprucht wird. Die Regierung Putin ist demgemäß nur eine Behelfslösung oder Übergangslösung mit beschränkter Macht, während zwei konkurrierende Blöcke die eigentliche Macht in der Hand haben und gleichzeitig um die Alleinverfügung darum kämpfen. Das ist eine interessante Theorie, die noch interessanter dadurch wird, dass einer dieser Machtblöcke laut Corell von der russischen „*Kompradorenbourgeoisie*“ gebildet wird.

Nach bisheriger marxistischer Auffassung handelt es sich bei einer Kompradorenbourgeoisie um eine Bourgeoisie, die von einer ausländischen (imperialistischen) Macht abhängig ist und in deren Auftrag handelt. Mit dieser Auffassung korrespondiert, dass Russland in dem Interview als „*Halbkolonie*“ charakterisiert wird. Dieser Interpretation zufolge ist die Russische Föderation also ein halbkolonial abhängiger Staat, in dem eine Kompradorenbourgeoisie in Konkurrenz zu einem anderen, „*nationalen*“ Teil der Bourgeoisie an der Schwelle zur ganzen Macht steht.

Leider erfahren wir nicht, wer denn der ausländische Oberherr dieser russischen Kompradorenbourgeoisie ist. Sind das die USA? Oder ist das Deutschland, das Russland bereits zur Hälfte unterjocht hat? Und in welchem Verhältnis steht die „*Putin-Clique*“ zu den beiden entscheidenden Machtblöcken? Auch das erfahren wir nicht (an anderer Stelle schreibt Corell, dass die nationale Bourgeoisie in Russland an der Macht ist - das ist eine weitere originelle Wendung des Interviews).

Stattdessen folgt eine besondere Überraschung, denn: „*geht es im Transformationsprozess nach der russischen Kompradorenbourgeoisie, dann soll sich Russland zu einer imperialistischen Großmacht entwickeln*“. Das heißt, die heutige, großenteils von auswärtigen Imperialisten beherrschte Halbkolonie Russland soll morgen schon eine

Eine originelle Theoriebildung

imperialistische Großmacht unter der Herrschaft der Kompradorenbourgeoisie sein – eine wahrlich kühne Perspektive!

Und was heißt das in diesem Fall für den Ukraine-Krieg? Wird der Krieg unter der Herrschaft der Kompradorenbourgeoisie dann auf russischer Seite zu einem imperialistischen Krieg – was der Interviewte bisher für die Regierung Putin mit Händen und Füßen von sich weist?

Aber noch ist es nicht so weit. Noch kämpft ja die nationale Bourgeoisie gegen die Kompradorenbourgeoisie um die Oberhand, und für diesen Fall hat Corell eine gänzlich andere Perspektive parat. Er vertritt nämlich allen Ernstes, dass der Kampf gegen die imperialistische Nato-Aggression, den Russland (bzw. die russische Nationalbourgeoisie) zur Zeit führt, den Charakter einer volksdemokratischen Revolution hat. Hierbei muss jedoch die Arbeiterklasse die Führung über die nationale Bourgeoisie übernehmen, denn *„die Führung in einer volksdemokratischen Revolution kann nur die Arbeiterklasse übernehmen.“*

Auf diesem Weg kann sodann *„als ein Übergang zur Diktatur des Proletariats eine Volksdemokratie wie es in China der Fall war“*, errichtet werden. Und weil diese Aussicht so grandios ist, bekräftigt Corell sie noch einmal ausdrücklich: es geht um *„eine neue Demokratie, die die Unabhängigkeit Russlands verteidigt und sich daraus der Weg zum Sozialismus öffnet.“*

In der gesellschaftlichen Realität ist uns allerdings noch kein Beweis für diese neosozialistische Perspektive Russlands 100 Jahre nach der Oktoberrevolution begegnet. Kann es sein, dass diese Perspektive nur in der Fantasie des Autors existiert?

Was **Deutschland** anbelangt, geht es hier laut Corell einfach nur imperialistisch zu: *„Der deutsche Imperialismus kann endlich aufrüsten“*, weiß er, denn es geht um *„die nächste Welle des deutschen Ostland-Ritts, der gerade eingeläutet wird.“* Deshalb war auch *„die militärische Power durch das 100 Mrd.-Sondervermögen ... bereits vor dem Krieg in der Ukraine geplant.“*

Der Realitätsgehalt dieser Sätze entspricht in etwa dem Realitätsgehalt der behaupteten Sozialismusperspektive in Russland. Real hat der Ukraine-Krieg das bis dahin existierende außen- und militärpolitische Konzept der deutschen Bourgeoisie vollständig zertümmert. Dieses bestand kurz gesagt darin, Deutschland einerseits durch ein Bündnis mit Frankreich, andererseits durch eine „Sicherheitspartnerschaft“ mit Russland langsam aus der Hegemonie der USA zu lösen; man wollte sich also daraus herauschleichen, ohne einen offenen Konflikt mit der Nato-Vormacht zu riskieren.

Ein elementarer Bestandteil dieser Strategie war *der Verzicht auf militärische Stärke* – nicht aus Pazifismus oder Menschenfreundlichkeit, sondern weil es galt und gilt, nach den Erfahrungen zweier Weltkriege die jederzeit drohende Gegenmachtbildung in Europa zu verhindern und stattdessen die eigene *ökonomische Stärke* zu nutzen, um mithilfe der EU die Vorherrschaft über Europa im Bündnis mit Frankreich zu sichern.

Durch den Ukraine-Krieg, der offiziell Russland als Gegner hat, sich aber unter der Hand genauso gegen Berlin richtet, ist es den USA nunmehr gelungen, Deutschland gegen Russland in Stellung zu bringen, die EU zu spalten und die deutschen Ablösungsbestrebungen zunichte zu machen – ob nur vorübergehend oder auf Dauer, wird sich zeigen. Die bis dahin von Deutschland verfolgte und sowohl von den Unionsparteien wie von der SPD und der FDP getragene Außen- und Militärstrategie ist durch diesen Krieg am Ende; der von Kanzler Scholz geprägte Begriff der „Zeitenwende“ bringt dieses Faktum zum Ausdruck.

Als Antwort auf die gründlich veränderte außenpolitische Lage hat die deutsche Bourgeoisie bis heute noch kein neues Konzept entwickeln können. Im Gegenteil besteht ein weiterer Erfolg der US-Politik darin, dass infolge des Ukrainekriegs verschiedene Fraktionen der Bourgeoisie gegeneinander in Stellung gebracht worden sind: gerade erst hat das Hauen und Stechen um die Lieferung von Leopard-Panzern an die Ukraine offenbart, welche tiefen Risse durch die politische Klasse gehen.

Wie ein neues sicherheitspolitisches Konzept aussehen wird, können wir nicht wissen; augenscheinlich weiß es die bürgerliche Klasse selber noch nicht. Aber statt das Scheitern der bisherigen Sicherheitsstrategie und damit die aktuelle Niederlage der Bourgeoisie näher zu untersuchen, um Klarheit über ihre künftigen Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen, tut Corell nichts dergleichen, sondern behauptet aus blauem Himmel heraus einen schon lange bestehenden Aufrüstungsplan dieser Bourgeoisie und schwadroniert von der „nächsten Welle des deutschen Ostland-Ritts“.

Da die anderen Teile des Interviews von ähnlicher Qualität sind wie die hier behandelten Punkte, ersparen wir es uns, weiter darauf einzugehen. Das ganze Interview stellt ein krudes Gemisch aus wirren Theorien und linken Phrasen dar, eine peinliche Diskreditierung des Kommunismus.

Januar 2023

Heiner Karuscheit

Die deutsche Bourgeoisie – eine Klasse von trauriger Gestalt

Der Ukraine-Krieg hat nicht nur kontroverse Forderungen hervorgebracht, wie auf den Krieg zu reagieren ist, sondern mindestens ebenso kontroverse Auffassungen von der Politik der deutschen Bourgeoisie. Während die einen das Verhalten der Regierung als „Vasallentum“ gegenüber den USA betrachten, haben andere das „Wiedererwachen des deutschen Imperialismus“ (zum wievielten Male?) und einen neuen „Ostlandtritt“ ausgemacht.

Demgegenüber wurde hier vertreten, dass der Ukraine-Krieg das bisherige außen- und militärpolitische Konzept der deutschen Bourgeoisie vollständig zertrümmert hat und eine neue Sicherheitsstrategie nicht existiert (Der Ukraine-Krieg und die Militärpolitik der deutschen Bourgeoisie = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2346). Diese Position hat in unserem Leserkreis nicht nur Zustimmung hervorgerufen. So geht ein Kritiker davon aus, dass der Krieg eine achtjährige Vorgeschichte hatte, die „auch von der BRD und Frankreich auf eine militärische Auseinandersetzung mit Russland hin forciert wurde“, mit dem Ergebnis, dass Deutschland sich „mit Vehemenz auf diesen Krieg wirft“, was bis hin zur „Installation einer Kriegsregierung“ geht.

Ausgangspunkt dieser Kritik ist offenbar ein Interview der Ex-Kanzlerin Merkel vom Dezember letzten Jahres zu den Abkommen Minsk I und II (von 2014 und 2015), aus dem der Kritiker die Schlussfolgerung einer achtjährigen Vorbereitung auf den Krieg gezogen hat. Um das Interview einzuordnen (hinten dazu mehr) und eine Antwort auf die Kritik zu geben, soll hier versucht werden, die deutsche Ukraine- und Russlandpolitik in die Stellung, die Interessen und die Handlungsspielräume der deutschen Bourgeoisie einzuordnen.

Das bedeutet, vorab ein realistisches Bild von der Natur dieser Bourgeoisie sowie der europäischen Mächtekonstellation zu gewinnen, und dazu muss man von drei historisch-politischen Grundtatsachen ausgehen, nämlich **erstens**: diese Bourgeoisie ist erst im Gefolge des Zweiten Weltkriegs an die Macht gelangt; **zweitens**: sie hat dies nicht aus eigener Kraft geschafft, sondern wurde von den USA dorthin gesetzt; **drittens**: infolge des Nicht-Besitzes von Atomwaffen sind ihre Handlungsmöglichkeiten militärisch und politisch eingeschränkt.

Die erste Grundtatsache: der Charakter der deutschen Bourgeoisie

Um die Einschätzung der Bourgeoisie auf einen kurzen Nenner zu bringen: Seit diese Bourgeoisie in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 ein Bündnis mit der preußischen Militärmonarchie einging, um den sozialen Forderungen der Massen entgegen zu treten, hat sie die politische Vormacht anderen Kräften überlassen: dem

ostelbischen Junkertum und – nach dem Zwischenspiel der mehrheitlich von ihr bekämpften Weimarer Republik – im Dritten Reich den Nationalsozialisten.¹

An die Macht gekommen ist sie erst im Gefolge der Weltkriegsniederlage von 1945 im westlichen Teil Deutschlands. Allerdings ließen die USA nicht die bis dahin maßgebliche schwerindustrielle Fraktion der Bourgeoisie an die Herrschaft, sondern setzten mit Adenauer an der Spitze einen anderen Flügel dorthin, der bis dahin in der katholischen Zentrumspartei organisiert gewesen war. Im gleichen Atemzug wurde die Schwerindustrie durch die 1951 gegründete Montanunion sowie die von Ludwig Erhard vorangetriebene Kartellgesetzgebung wirtschaftspolitisch entmachtet.²

D.h. der 2.WK bewirkte zusammen mit der totalen Niederlage Deutschlands einen tiefen Bruch, aus dem ein anderer Staat hervorging, das Junkertum aus der Geschichte verschwand und das bürgerliche Lager eine andere Gestalt erhielt. Eine Folge des Bruchs war etwa, dass anstelle des bis dahin vom preußischen Militäradel kommandierten Heers die 1956 gegründete Bundeswehr *zur ersten bürgerlichen Armee in Deutschland* wurde. Auf dem Boden der Imperialismustheorie und einer angeblichen Dauerherrschaft der Monopolbourgeoisie lässt sich die klassenpolitische Tragweite dieses 1945 erfolgten Bruchs und somit auch die anschließende Geschichte der BRD nicht begreifen.

Die zweite Grundtatsache: die Rolle der USA

Die zweite Grundtatsache betrifft das Verhältnis zu den USA: Im Ersten Weltkrieg noch fehlgeschlagen, ist es den Vereinigten Staaten durch den Zweiten Weltkrieg gelungen, an ihrer atlantischen Gegenküste Fuß zu fassen und die Vorherrschaft über (West-) Europa zu erringen.

Da man es in Europa nicht mit abhängigen Kompradorenbourgeoisien zu tun hatte und hat, können die USA ihre Vorherrschaft nur als Schutzmacht gegen die Bedrohung durch einen auswärtigen Feind aufrechterhalten – eine Rolle, die früher die Sowjetunion innehatte und jetzt Russland. Dem dient die 1949 als Militärpakt gegründete Nato, der Deutschland in Europa als wichtigstes Mitglied und Hauptstützpunkt des US-Militärs angehört.

Zur Aufrechterhaltung seiner militärisch begründeten Vorherrschaft gehört der Natur der Sache nach, dass *Washington darauf angewiesen ist, dass die Spannungen gegenüber*

¹ In der Zeitschrift „Aufsätze zur Diskussion“ sind die hier angerissenen historischen Fragen über viele Jahre hinweg untersucht worden; zuletzt sind dazu zwei Buchveröffentlichungen erschienen: „Deutschland 1914 - Vom Klassenkompromiss zum Krieg“ sowie „Die verlorene Demokratie – Der Krieg und die Republik von Weimar“ (VSA-Verlag: Hamburg 2014 und 2017).

Ein Ergebnis der Beschäftigung mit dem Thema war u.a. die Erkenntnis, dass die Imperialismustheorie ungeeignet ist, um die Brüche in der deutschen Geschichte zu erklären.

² Eine ähnlich zentrale Stellung wie seinerzeit die Schwerindustrie hat heute die Automobilindustrie, die in hohem Maße für den Export produziert und deren wichtigster ausländischer Absatzmarkt China ist. Deshalb fragt sich, wie die Bourgeoisie dauerhaft damit umgehen wird, dass die Vereinigten Staaten inzwischen China zum Hauptfeind der von ihnen definierten „regelbasierten internationalen Ordnung“ erklärt haben.

Eine Klasse von trauriger Gestalt

Russland bestehen bleiben bzw. neue Spannungen entstehen.

Umgekehrt gilt, dass Deutschland sich desto weiter von den USA lösen und seine eigene Hegemonie über Europa ausbauen kann, je entspannter das Verhältnis zu Russland ist.

Die dritte Grundtatsache: Keine Atomwaffen

Die dritte Grundtatsache betrifft den militärischen Status Deutschlands, hier die Frage von *Atomwaffen*.

In den 50er/60er Jahren des letzten Jahrhunderts versuchten Adenauer und Strauß, im Zuge der Wiederbewaffnung Westdeutschlands in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, mussten jedoch angesichts einer Einheitsfront der westlichen Verbündeten darauf verzichten. Daran hat sich bis heute nichts geändert, so dass Deutschland (ähnlich wie Japan) im Gegensatz zu anderen Großmächten wie Frankreich oder Großbritannien aller Voraussicht nach auch künftig keine Atomwaffen besitzen wird.

Wenn der Begriff des „Imperialismus“ einen Sinn haben soll, muss er *auch* militärisch begründet sein. Doch eine wahrnehmbare Auseinandersetzung über die Bedeutung der fehlenden Atomwaffen hat es in der Linken bis heute nicht gegeben. Dabei hat diese Tatsache elementare Konsequenzen für die militärischen und politischen Handlungsmöglichkeiten der deutschen Bourgeoisie: um in den Beziehungen zu der Nuklearmacht Russland nicht erpressbar zu sein, muss sie sich an eine westliche Atommacht anlehnen, und dafür kommen nach Lage der Dinge nur die USA oder Frankreich in Betracht. Im Rahmen der Nato hat die politische Klasse Deutschlands bisher das atomare Schutzversprechen der USA in Anspruch genommen und ist nicht auf wiederholte Angebote Frankreichs eingegangen, Deutschland unter den Schirm der „force de frappe“ zu nehmen.

Entspannungspolitik zur Erweiterung des Handlungsspielraums

In den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ging die damalige sozialliberale Regierungskoalition daran, den deutschen Handlungsspielraum durch eine (anfangs heftig umstrittene) neue „Ostpolitik“ zu erweitern, indem sie die DDR sowie die Nachkriegsgrenzen in Europa anerkannte und die Beziehung zur Sowjetunion entspannte und ausbaute. Möglich war dies gegen den Widerstand Washingtons, weil die USA zu dieser Zeit im Vietnamkrieg feststeckten und durch ihre Niederlage geschwächt wurden. Deshalb konnte der Wechsel zur Entspannungspolitik auch gegen die „atlantische“ Fraktion in der Bourgeoisie durchgesetzt werden.

Nach 1990 führte die politische Klasse eine Diskussion darüber, ob das gewachsene Gewicht des wiedervereinten Deutschlands nicht eine Neuausrichtung der Außen- und Militärpolitik nach sich ziehen müsste. Geführt unter den Stichworten „Machtstaat“ versus „Handelsstaat“ war das einhellige Ergebnis, dass eine „Machtstaat-Politik“ Deutschland in zwei verlorene Kriege geführt hätte. Dagegen hätte die Politik als „Zivilmacht“,

verbunden mit dem Verzicht auf militärische Stärke, es vermocht, die Stellung Deutschlands in Europa in hohem Maße zu stärken.³

Auf diesem Weg ging die Entspannungspolitik jetzt noch einen Schritt weiter und machte sich daran, mit Russland eine sog. „Sicherheitspartnerschaft“ zu etablieren, um das „gemeinsame Haus Europa“ zu gestalten. Mittlerweile stand ein solcher Ausbau der „Ostpolitik“ im Konsens der gesamten Bourgeoisie, so dass er über alle politischen Lager hinweg von sämtlichen deutschen Kanzlern betrieben wurde, von Kohl über Schröder und Merkel bis zu Scholz. Nur eine Minderheit von „Atlantikern“ in allen Parteien sperrte sich dagegen und kritisierte die wachsende Distanz zu den USA.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Entwicklung, als die Regierung Schröder sich 2003 gemeinsam mit Frankreich (das sog. „alte Europa“) gegen den Irak-Krieg der USA wendete und die USA nicht in der Lage waren, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, weil sie durch ihre Verstrickung am Golf genauso geschwächt waren wie seinerzeit bei der Etablierung der Entspannungspolitik durch den Vietnamkrieg.

Die Minsk-Abkommen 2014 und 2015

Damit kommen wir zum Ausgangspunkt zurück: was ist vor diesem Hintergrund von der Aussage zu halten, dass Deutschland seit acht Jahren gemeinsam mit Frankreich eine militärische Auseinandersetzung mit Russland vorbereitet haben soll – was bedeuten würde, dass es 2014/15 einen grundlegenden Wandel seiner Außen- und Militärpolitik vollzogen hätte?

Diese Aussage bezieht sich offensichtlich auf ein Interview, das die Ex-Kanzlerin Merkel Anfang Dezember 2022 der Wochenzeitung „ZEIT“ gegeben hat (ZEIT 51/2022). Darin führte sie aus, die unter ihrer Beteiligung abgeschlossenen Minsker Abkommen seien der Versuch gewesen, der Ukraine Zeit zu geben: "Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht."

Doch was besagt diese Feststellung? Sie besagt nicht mehr, als dass Frankreich und Deutschland, die das Abkommen mit Russland und der Ukraine verhandelten, kein Interesse hatten und haben, dass die Ukraine in die Hände Russlands fällt. Daraus zu schlussfolgern, dass sie einen Krieg gegen Russland wollten, trifft weder den Inhalt der Aussage noch erst recht die Interessenlage der beiden Länder.

Auf deutscher wie französischer Seite war das politische Ziel der Abkommen, trotz der russischen Annexion der Krim im selben Jahr 2014 die europäisch-russischen Beziehungen nicht zu beschädigen und *keine neuen Spannungen in Europa* aufkommen zu lassen. Deshalb sahen die Minsk-Abkommen von 2014 und 2015 vor, die bewaffneten Konflikte um die von Separatisten im Donbass gegründeten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk friedlich zu lösen, wozu über einen Waffenstillstand und den Rückzug aller schweren Waffen hinaus die Gewährung eines Sonderstatus für die Separatistengebiete gehörte, der Selbstverwaltungsrechte und die sprachliche Selbstbestimmung einschloss.

³ Der Ukraine-Krieg und die Militärpolitik der deutschen Bourgeoisie, https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2346

Das „Normandie-Format“ - ohne die USA

Allerdings hatten Deutschland und Frankreich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Jenseits des Inhalts war die entscheidende Schwachstelle der Minsk-Abkommen nämlich, dass sie in dem sog. „Normandie-Format“ abgeschlossen wurden, in dem Russland, Frankreich, Deutschland und die Ukraine miteinander verhandelten – und *die USA ausgeschlossen waren*.

Seit ihrer Festsetzung auf dem alten Kontinent hatten die Vereinigten Staaten in allen europäischen Angelegenheiten mitentschieden. Obwohl eine außereuropäische Macht, beanspruchten sie wie selbstverständlich einen Platz in der 1973 gegründeten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die Anfang der 1990er Jahre eine wichtige Rolle bei der Neugestaltung der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur spielte und 1995 in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umgewandelt wurde.

Wenn jetzt mit Russland, Frankreich und Deutschland die maßgeblichen europäischen Kontinentalmächte es unternahmen, einen bewaffneten Konflikt auf dem Kontinent unter sich zu lösen, ohne die USA zu beteiligen, mussten in Washington alle Alarmglocken schrillen. Wollte man nicht Gefahr laufen, die Herrschaft über den alten Kontinent zu verlieren, musste man reagieren, und das bedeutete, dass man das Minsk-Abkommen zum Scheitern bringen musste.

Zu diesem Zweck konnte man sich nach dem „Maidan“-Umsturz von 2013/14 auf die nationalistischen Kräfte sowohl innerhalb als auch außerhalb der ukrainischen Regierung stützen, die nicht bereit waren, das Selbstbestimmungsrecht der russischen Mehrheitsbevölkerung im Donbass anzuerkennen, nicht einmal in der vorgesehenen beschränkten Form.

Die Sabotage des Minsk-Prozesses

Während Paris und Berlin also ihren Einfluss auf die Ukraine geltend machten, um den Minsk-Prozess zu einem friedlichen Ende zu bringen, belieferte Washington gemeinsam mit London die bewaffneten Gegner des Minsk-Abkommens wie etwa das ultranationalistisch-reaktionäre Asow-Bataillon mit Waffen und führte militärische Ausbildungsmissionen durch. Der vereinbarte dauerhafte Waffenstillstand im Donbass als Grundvoraussetzung zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen kam nie zustande.

Bereits vor der Sabotage der Minsk-Abkommen war das andere Mittel, um die Spannungen in Europa zu erhöhen, die Aufnahme der Ukraine in die Nato, was für Russland ein rotes Tuch war.⁴ Der Bukarester Nato-Gipfel von 2008 gab der Ukraine allerdings nur eine *grundsätzliche* Beitrittsperspektive, weil Frankreich und Deutschland gemeinsam die von den USA und Großbritannien vorgeschlagene nähere Terminierung verhinderten. Bei der Gelegenheit warnte Angela Merkel davor, Russland nicht unnötig zu reizen und eine Destabilisierung Osteuropas zu riskieren.

⁴ Der 2017 ins Amt gekommene US-Präsident Trump vertrat zur Nato eigene Positionen, auf die hier nicht eingegangen werden kann.

Aus Anlass der russischen Besetzung der Krim 2014 verstärkten die USA dann den Druck auf die europäischen Nato-Staaten, die Rüstung zu verstärken. Neben Sanktionen gegen Russland sollten sie insbesondere ihre Verteidigungsausgaben erhöhen, wozu u.a. die Verpflichtung bekräftigt wurde, wenigstens 2% des jeweiligen Bruttosozialprodukts für die Rüstung auszugeben. Indessen tat die deutsche Regierung nichts, um die theoretisch übernommene Verpflichtung im Staatshaushalt umzusetzen, sondern bekräftigte, dass Stabilität nicht primär eine militärische, sondern eine politische Aufgabe sei. Vor allem weigerte sie sich, die Beziehungen zu Russland einzufrieren, wie die USA das verlangten, sondern wandte sich gegen eine Isolierung Moskaus, indem sie wie ein Mantra wiederholte, dass Sicherheit in Europa nur *mit und nicht gegen Russland* hergestellt werden könne.

Das Ringen um Northstream 2

Das heimliche Ringen zwischen Berlin und Washington gipfelte in der Auseinandersetzung um die Ostsee-Gaspipeline Northstream 2, die von Russland und Deutschland gemeinsam finanziert und politisch als Klammer für die beiderseitigen Beziehungen und Symbol der friedlichen Zusammenarbeit gewürdigt wurde.

Bereits die 2012 in Betrieb gegangene Pipeline NorthStream 1 hatte in Washington heftige Kritik hervorgerufen. Sekundiert von Polen und den baltischen Staaten (sowie in Deutschland von den „Grünen“), machte die US-Administration jetzt deutlich, dass sie Northstream 2 auf keinen Fall akzeptieren würde. Um den bereits begonnenen Bau zu unterbinden, verhängte sie Sanktionen gegen die am Pipelinebau beteiligten Firmen, die jedoch die Fertigstellung lediglich verzögern und nicht verhindern konnten, weil sie durch die Bundesregierung postwendend ausgehebelt wurden.

Daraufhin verkündete der US-Präsident Biden öffentlich, dass sein Land im Falle eines russischen Angriffs auf die Ukraine dafür sorgen würde, dass die Pipeline nicht in Betrieb gehen würde. Die Ankündigung stellte einen offenen Affront gegen einen verbündeten, souveränen Staat dar, ohne dass die Bundesregierung darauf reagierte.

Eine reaktionäre russische Staatsdoktrin

Die fortgesetzte angelsächsische Provokationspolitik gegen Russland und die europäisch-russischen Beziehungen führte schließlich dank der Reaktion der Putin-Regierung zum Erfolg.

Die Moskauer Oligarchenclique folgte mittlerweile einer Staatsdoktrin, die sich auf das vorrevolutionäre, von Lenin als Völkergefängnis charakterisierte Großrussland des Zarismus berief, die Nationalitätenpolitik der Oktoberrevolution verurteilte und der Ukraine nicht nur das Recht auf einen Nato-Beitritt, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht absprach und sie zum Bestandteil des historischen Russlands erklärte.⁵ Unter

⁵ Dazu die grundsätzliche Analyse von Ditte Gerns: „Eine Klassenfrage - Die Bolschewiki und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“,

<https://www.jungewelt.de/artikel/442254.marxismus-leninismus-eine-klassenfrage.html>. Siehe auch [A.Schröder: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und seine Kritiker; in: Azd 95/2022 = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2359](https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2359)

Eine Klasse von trauriger Gestalt

Infragestellung der Eigenstaatlichkeit der Ukraine ließ Putin so seine Truppen im Februar 2022 in den Nachbarstaat einmarschieren, deklariert als „Spezialoperation“ zur „Befreiung vom Faschismus“.

Doch weder die reguläre, von Korruption zerfressene Armee noch die Söldnertruppen der „Gruppe Wagner“ oder tschetschenische Stammesverbände waren in der Lage, die „Spezialoperation“ wie geplant zum Sieg zu führen, dh. das Land rasch zu unterwerfen und eine Marionettenregierung einzusetzen. Stattdessen verschaffte der ukrainische Widerstand den USA die Gelegenheit, außer der eigenen militärischen Unterstützung einen Strom von Waffen durch die europäischen Natomitglieder an das angegriffene Land liefern zu lassen. Auf diese Weise konnte und kann Washington so, gestützt auf das ukrainische Militär, Krieg gegen Russland führen, ohne eigene Truppen einsetzen zu müssen.

Ein Triumph der USA

Einem Bonmot zufolge bemerkte der französische Diplomat Talleyrand einmal über einen Krieg, dieser sei schlimmer als ein Verbrechen – er sei eine Dummheit. Mit dem Angriff auf die Ukraine hat die Putin-Regierung im wesentlichen das Gegenteil des von ihr Gewollten erreicht:

- Anstelle eines raschen Siegs ist ein Abnutzungskrieg getreten, der Russland umso mehr schwächt, je länger er dauert;
- statt die Ukraine ins großrussische Mutterland zurück zu holen, ist der antirussische ukrainische Nationalismus gestärkt worden;
- statt die Nato von den Grenzen Russlands fernzuhalten, führt diese jetzt mit Hilfe der Ukraine Krieg gegen Russland und treten Finnland und Schweden der Nato bei, was eine schwere strategische Niederlage für Russland bedeutet.

Umgekehrt konnte die us-amerikanische Politik kaum erfolgreicher sein, denn Russland ist als international konkurrierende Macht zurückgefallen, und das Ende der deutsch-französischen Kooperation mit Russland hat die US-Hegemonie über Europa wieder gefestigt. Deshalb können die USA sich nunmehr als neuerlich gestärkte Führungsmacht „des Westens“⁶ auf die Auseinandersetzung mit China konzentrieren, um die von ihnen definierte „regelbasierte internationale Ordnung“ durchzusetzen.

Zur Krönung ihres Triumphs setzte die US-Administration schließlich am 26. September 2022 noch Bidens Ankündigung um und ließ die Northstream-Pipeline sprengen, um ein Energiebündnis zwischen Russland und Deutschland für alle Zukunft zu verhindern.

Ein Fiasko für die deutsche Bourgeoisie

Für die deutsche politische Klasse bedeutete der russische Einmarsch in die Ukraine ein komplettes Fiasko. Der Versuch, sich durch eine Politik der „gemeinsamen

⁶ Bei näherer Betrachtung entpuppt sich „der Westen“ im Sinne eines einheitlich handelnden politischen Blocks als eine Chimäre, ausgemacht und gepflegt von der russischen Propaganda, die mit diesem Begriff davon abzulenken versucht, dass es das Putinsche Russland selber war, das durch seinen Überfall auf die Ukraine die führenden europäischen Kontinentalmächte auf die Seite der USA getrieben hat.

Sicherheit“ mit Russland aus der Abhängigkeit von den USA zu lösen, war auf einen Schlag erledigt; Deutschland wurde wieder in die Arme Washingtons und unter dessen atomaren Schutzschirm zurückgetrieben. Eine der ersten Maßnahmen der von Kanzler Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ war die bis dahin umstrittene Entscheidung, F 35-Kampfflugzeuge als Träger der in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen anzuschaffen.

Gleichzeitig ist Europa gespalten. Polen, Norwegen und die baltischen Länder agieren als engste Verbündete Washingtons gegen Frankreich und Deutschland, und insbesondere Polen unternimmt alles, um sich den USA als dritte Macht zwischen Russland *und* Deutschland anzudienen.

Eine neue außen- und militärpolitische Strategie der Regierung ist bisher auch nicht im Ansatz zu erkennen. Eine selbstbewusste nationale Bourgeoisie würde die Kriegs- und Spaltungspolitik Washingtons zum Anlass nehmen, um das Bündnis mit den USA und die Nato-Mitgliedschaft aufzukündigen. Doch diese Bourgeoisie ist eine Klasse von trauriger Gestalt; sie war zeit ihrer gesamten Existenz noch nie zu einer geschichtlichen Tat fähig. Die Regierung hat nicht einmal eine Kommission zur offiziellen Untersuchung der Sprengung von Northstream 2 eingesetzt, aus Sorge, öffentlich Stellung nehmen zu müssen, wenn die Untersuchung enthüllt, dass die Drahtzieher des Anschlags in Washington sitzen.

Umso absurder ist es, wenn Vertreter einer kommunistischen Bewegung über einen immerwährenden deutschen Imperialismus schwadronieren und sich nicht entblöden, vor einem neuen „Ostlandritt“ zu warnen.

Am 25. Februar d.J. fand in Berlin eine große Kundgebung gegen den Ukraine-Krieg statt, zu der Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht aufgerufen hatten. Das von ihnen verfasste „Manifest für den Frieden“ wendet sich auf dem Boden des Pazifismus gegen beide kriegführenden Seiten; es verurteilt den russischen Überfall ebenso wie die Waffenlieferungen an die Ukraine und fordert einen sofortigen Friedensschluss. Wenn daraus eine dauerhafte Massenbewegung hervorgehen würde, könnte eine antiimperialistisch-revolutionäre Linke dort die Positionen hineinbringen, die sich aus den Ursachen und dem Charakter des Kriegs ergeben:

Deutschland raus aus der Nato – Nato raus aus Deutschland!

Keine Unterstützung Russlands und der Kriegsukraine!

Keine Sanktionen gegen Russland auf dem Rücken der Massen!

Frieden auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen!

April 2023

Dieser Artikel erschien zuerst auf der Website NachDenkSeiten, April 2023

Rainer Werning

Einkreisung Chinas - US-Militärs in Manövermanie

Seit der Jahreswende 2022/23 herrscht in den Regionen Ost- und Südostasien eine Pendeldiplomatie, wie es sie schon lange nicht mehr in dieser Häufigkeit und Intensität gab. Vieles deutet dabei darauf hin, dass sich nach dem Krieg in der Ukraine die internationale Aufmerksamkeit verschiebt und auf ebendiese Regionen fokussiert, wo sich Konfliktpotenziale im Gleichklang mit konfrontativen, vor allem gegen die VR China gerichteten Spitzen auffällig erhöhen. Begleitet wird all das von signifikant aufgestockten Rüstungsetats und martialischen Drohgebärden in Form von Militärmanövern, die es ebenfalls in diesem Umfang und in dieser Länge seit zig Jahren nicht mehr gegeben hat.

Philippinen – Amerikas „kleiner brauner Bruder“

Ely S. Ratner, stellvertretender US-Verteidigungsminister für indo-pazifische Sicherheitsfragen, erklärte im Dezember vergangenen Jahres vor einem Publikum des konservativen Think Tanks *American Enterprise Institute*, dass „das Jahr 2023 wahrscheinlich das umwälzendste Jahr für die US-Streitkräfte in der [indo-pazifischen] Region seit einer Generation sein wird“. Bereits einen Monat später begann dieser Wandel mit der Ankündigung, dass Japan das erste vorwärts verlegte Marine-Küstenregiment beherbergen wird, was Teil eines intensiven Modernisierungsprozesses der Allianz zwischen Washington und Tokio ist.

Vor allem das traditionell enge Bündnis zwischen den USA und den Philippinen befindet sich in einem historischen Modernisierungsprozess. Über Nacht haben Verteidigungsminister Lloyd Austin III. und sein philippinischer Kollege Carlito Galvez Jr. nach einem Treffen in Manila den nächsten Schritt in der regionalen Streitkräftelage der USA angekündigt. Demnach werden die US-Streitkräfte im Rahmen des 2014 geschlossenen *Abkommens über erweiterte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (EDCA)* Zugang zu vier weiteren philippinischen Militärstützpunkten erhalten, womit nunmehr neun solcher Basen der philippinischen Streitkräfte (AFP) jederzeit auf Rotationsbasis von GIs genutzt werden können. Damit erhalten die US-Streitkräfte in Washingtons einziger und einstiger Kolonie (1898-1946) in Südostasien eine bedeutsame strategische Basis am südöstlichen Rand des Südchinesischen Meeres in der Nähe des selbstverwalteten Taiwan.

Anlässlich seines Manila-Besuchs erklärte Lloyd Austin am 2. Februar, die USA und die Philippinen seien weiterhin entschlossen, ihre gegenseitigen Kapazitäten zur Abwehr bewaffneter Angriffe zu stärken. Mit Blick auf die verstärkte Präsenz der VR China in den Gewässern nahe den Philippinen erklärte der Ex-General:

„Das ist nur ein Teil unserer Bemühungen, unser Bündnis zu modernisieren. Und diese Bemühungen sind besonders wichtig, da die Volksrepublik China ihre illegitimen Ansprüche im Westphilippinischen Meer weiter vorantreibt.“

Bereits am 29. Juni 2022 hatten die sogenannten *Rim of the Pacific (Rimpac)*-Kriegsübungen 2022 begonnen, die am 4. August endeten und zwischenzeitlich von der Kontroverse überschattet worden waren, die der bewusst auf Provokation angelegte Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan auslöste. Die Philippinen nahmen an diesen Kriegsübungen teil, indem sie eine Fregatte, die *BRP Antonio Luna*, entsandten, die sich den 38 Schiffen, vier U-Booten, mehr als 170 Flugzeugen und 25.000 Personen aus insgesamt 26 teilnehmenden Ländern anschloss, von denen acht Mitglieder der NATO sind.

Angesichts der aktuellen strategischen Doktrin der USA, der zufolge die VR China als *die* Hauptbedrohung ihrer globalen Vorherrschaft gilt, bedeutete allein diese gewaltige maritime Demonstration der Stärke unter US-Führung eine militärische Provokation gegenüber China. Die NATO, die in einem Strategiepapier China ihrerseits als „systemische Bedrohung“ bezeichnet, zeigt mittlerweile auch verstärkt Flagge im Indopazifik, wie *Rimpac 2022* es deutlich unter Beweis stellte. Ihre europäischen Mitglieder sind regelmäßig im Südchinesischen Meer präsent und berufen sich auf die „Freiheit der Schifffahrt“. Die NATO hat sich zu einem Militärbündnis mit globalem interventionistischen Zuschnitt entwickelt, was allein in Jugoslawien, Syrien und Libyen demonstriert wurde.

Aus Sicht der USA waren und bleiben die Philippinen ein geostrategisches Schlachtfeld, wie es erst jüngst wieder der philippinische Politikwissenschaftler und Militärexperte Prof. Roland G. Simbulan in einem Interview mit diesem Autor konstatierte:

„Die imperialen Interessen der USA, die das Südchinesische Meer lange Zeit als Teil des ‚Amerikanischen Meeres‘ dominiert haben, sind nun durch die Herausforderung der defensiven Seemacht China in der Region bedroht, da die VR China ihre eigenen Ost- und Südküsten sowie die Seewege für den Handel schützt. Für die USA ist China zum Haupthindernis für ihre globale Vorherrschaft geworden, ungeachtet der Angriffe Russlands in der Ukraine.“

Während der sechsjährigen Amtszeit (2016-22) von Rodrigo R. Duterte, dem Vorgänger des seit Sommer letzten Jahres in Manila regierenden Präsidenten Ferdinand Marcos Jr., hatte es zeitweilig den Anschein, als schickte sich das südostasiatische Land an, eine Kehrtwende in seiner traditionell pro-US-amerikanischen Außenpolitik zu vollziehen. Anlässlich seines ersten Staatsbesuchs in der VR China im Herbst 2016 hatte Duterte den Amerikanern mit der Aufkündigung bilateraler Militärmanöver und der Revision bestehender Militärabkommen gedroht. Duterte ging gar so weit, von einer neuen „*Achse Manila-Beijing-Moskau*“ zu schwadronieren. Wie so vieles während der Amtszeit dieses Präsidenten entpuppte sich auch dieses Statement als Schall und Rauch. Es zielte eher darauf ab, die linken Kräfte im Lande einzuhegen. Dermaßen stark sind die Kommandohöhen der philippinischen *Nationalpolizei (PNP)* sowie der *Streitkräfte des Archipels (AFP)* mit Kadern besetzt, deren Weltbild zutiefst pro-amerikanisch ausgerichtet ist, dass eine ernsthafte Neuorientierung auf absehbare Zeit keinerlei reale Erfolgchancen hätte.

US-Manöver gegen China

Kein Wunder, dass sich Duterte gegen Ende seiner Amtszeit ebenso samtpfotig wie reumütig wieder unter die Fittiche von Uncle Sam begab.

SEATO & „Balikatan“

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass immerhin auch einmal ein pazifisches Pendant zur NATO in der Region existierte – der am 8. September 1954 in Manila aus der Taufe gehobene *Südostasienspakt (SEATO)*, alternativ auch als „*Manila-Pakt*“ bekannt. Einzig Thailand und die Philippinen traten diesem Bündnis als südostasiatische Mitgliedstaaten bei, während Südvietnam, Laos und Kambodscha zwar unter dessen Schutz standen, ohne freilich selbst Mitglieder der SEATO zu sein. Diese US-geführte, dezidiert antikommunistische Allianz unterstützte vor allem Washingtons Aggression gegen die drei letztgenannten Länder und verstand den Pakt auch als *Cordon sanitaire* gegen die Sowjetunion und die VR China. Nach dem Debakel der USA in Vietnam und dem Ende des „Amerikanischen Krieges“, wie er in Vietnam selbst genannt wurde, war die SEATO überflüssig und am 30. Juni 1977 unzeremoniell aufgelöst worden.

Annähernd ein halbes Jahrhundert später ist nicht Vietnam ein erklärter Feind der USA; im Frühjahr 2023 sollen die bis dato größten gemeinsamen philippinisch-amerikanischen Militärmanöver unter der Bezeichnung „*Balikatan*“ („*Schulter an Schulter*“) knapp drei Wochen lang (vom 11. bis zum 28. April) im Norden der Hauptinsel Luzon, auf der Insel Palawan sowie in der Region um Antique im Zentrum des Archipels stattfinden. Der Sprecher von *Balikatan*, Oberst Michael Logico, kündigte an, dass sich an diesen Manövern mehr als 17.000 Soldaten beteiligen werden – 12.000 US-Militärs, 5.000 Soldaten der AFP sowie über 100 australische Verteidigungskräfte. Neben Landübungen, zu denen mehrere Handfeuerwaffen- und Manöverübungen (LFX), Dschungeltraining sowie Artillerie- und Mörser-LFX-Aktivitäten gehören, werden die Truppen auch Cyberverteidigungsübungen und Live-Feuerübungen auf See durchführen.

Außerdem ist vorgesehen, dass es im Rahmen der diesjährigen *Balikatan*-Manöver auch zum ersten Live-Abschuss von *US-Patriot-Raketen* als Teil einer Übung zur Küstenverteidigung kommt – und zwar in einer Region um *Panatag Shoal*, einem Fischereigebiet, das die VR China von den Philippinen beschlagnahmt hat und seit 2012 kontrolliert. Im vergangenen Jahr hatten die USA das Patriot-System bereits bei einer *Balikatan*-Mobilisierungsübung eingesetzt, aber keine Rakete abgefeuert. Im laufenden Krieg Russlands gegen die Ukraine haben die USA dieses Waffensystem den Ukrainern zur Verfügung gestellt, um damit russische Raketen- und Drohnenangriffe abzuwehren.

Der Konteradmiral a.D. Rommel Jude Ong, Ex-Vizekommandant der philippinischen Marine und heute geschäftsführender Direktor der Denkfabrik *Security Reform Initiative*, äußerte sich im Vorfeld der diesjährigen *Balikatan*-Großmanöver gegenüber philippinischen Pressevertretern wie folgt:

„*Balikatan 2023 scheint darauf ausgelegt zu sein, operative Konzepte zu testen, um die strategische Abschreckungsposition (der AFP) in der Westphilippinischen See zu stärken. Die Entsendung von 12.000 amerikanischen Soldaten ist offensichtlich eine*

logistische Übung, um festzustellen, wie schnell eine dermaßen große Anzahl von Truppen und Ausrüstung auf einem (Kriegs-)Schauplatz eingesetzt werden kann.“

Die Übung zur Versenkung von Schiffen, so Ong weiter, ziele darauf ab, die Seeabwehrstrategie der philippinischen Marine zu testen. Der Einsatz von Patriot-Raketen würde es den AFP ermöglichen, „*die Notwendigkeit eines Luftabwehrsystems zu verstehen, das unser Land und unsere kritische Infrastruktur vor konventionellen ballistischen Bedrohungen zu schützen vermöchte*“.

Zwischenzeitlich hat in den USA eine neu gebildete Einheit des *United States Marine Corps (USMC)*, das *Third Marine Littoral Regiment (TMLR)*, eine zehntägige Scheinschlacht in Südkalifornien abgeschlossen, bei der eine Reihe von Schein-Militärbasen eine nicht benannte „pazifische Inselkette“ darstellen sollten. Das TMLR wurde gebildet, um auf Inseln und entlang Küstenregionen zum Einsatz zu kommen. Es besteht aus drei Teilstreitkräften: einem Infanteriebataillon mit rund 800 Marinesoldaten, einem Flugabwehrbataillon, das neue Waffen und Taktiken testet, sowie einem Logistikbataillon. In den nächsten zwei Jahren wird es bis zu fünfmal mehr Kriegsübungen durchführen als die meisten Infanterieregimenter. Und ihr „nächster großer Test“ soll laut Berichten der *New York Times* im April just in den Philippinen stattfinden.

General David H. Berger, Oberbefehlshaber des *USMC*, rechtfertigt solche Übungen mit Blick auf einen möglichen künftigen bewaffneten Konflikt mit China im Pazifik. Die Marine der Volksrepublik, so Berger, operiere nach dem Vorbild der US-Marine in Angriffsgruppen, wobei Zerstörer und andere Kriegsschiffe einen Flugzeugträger eskortieren. Berger sprach in diesem Zusammenhang auch über neue Bedingungen und Gefahren auf dem Schlachtfeld, die in einem künftigen Krieg aufgrund hochmoderner Spionagesatelliten zu erwarten seien. Berger und andere US-Militärstrategen gehen laut der *New York Times* davon aus, dass jede Schlacht mit der VR China in jenem Gebiet stattfinden könnte, welches das Pentagon als „erste Inselkette“ bezeichnet. Dazu gehören Okinawa und Taiwan bis hinunter nach Malaysia, die Spratlys und die Paracels, wobei es sich bei den beiden Letztgenannten um umstrittenes Terrain im Südchinesischen Meer handelt, das die Philippinen ihrerseits als Westphilippinisches Meer bezeichnen. Die „zweite Inselkette“ umfasst die Philippinen und reicht von Japan über Guam bis südlich von Palau. Höchstwahrscheinlich würde das TMLR im Falle eines Einsatzes im Westpazifik seine leistungsfähigsten Drohnen einsetzen – in diesem Fall *MQ-9 Reaper*-Drohnen des US-amerikanischen Herstellers *General Atomics*, die vorrangig der Luftnahunterstützung dienen. Das heißt, *MQ-9 Reaper* können Bomben abwerfen und Raketen abfeuern, während sie gleichzeitig nachrichtendienstliche Informationen zurücksenden, wie all dies bereits im Afghanistankrieg vorexerziert wurde.

Im Vorfeld der im April auf den Philippinen stattfindenden Großmanöver kündigte das USMC-Kommando die Stationierung weiterer US-Marineeinheiten auf japanischem Boden an, die als Kernelement einer neuen trilateralen Gruppierung – bestehend aus Militärkontingenten der USA, der Philippinen und Japans (*JAPHUS*) – konzipiert sind, um eine etwaige chinesische Invasion in Taiwan abzuwehren. Last, but not least eröffnete das USMC einen neuen Stützpunkt auf Guam, einer strategisch überaus bedeutsamen

US-Manöver gegen China

US-Insel östlich der Philippinen. Der dort als *Camp Blaz* bekannte Standort ist die erste neue Marinebasis seit 70 Jahren und soll eines Tages 5.000 Marines beherbergen.

Von Reportern gefragt, ob all diese Entwicklungen nicht die politische Führung in Beijing zutiefst verärgern und auf den Plan rufen, antwortete der *Balikatan*-Sprecher Oberst Logico:

„Wir haben das absolute, unveräußerliche Recht, unser Territorium zu verteidigen. Wir sind hier, um zu zeigen, dass wir kampfbereit sind.“

Erwartungsgemäß folgte denn auch prompt eine Stellungnahme aus Beijing, in der die stellvertretende Direktorin der Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums und Sprecherin des Außenamtes, Mao Ning, vor einer Verschärfung der Spannungen in der Region warnte:

„Die Philippinen, die den USA Zugang zu vier weiteren Verteidigungsanlagen auf ihrem Territorium gewähren, haben die Spannungen in der Region verschärft und gefährden den Frieden und die Stabilität in der Region. Aus Eigennutz hält die US-Seite am Kalten Krieg fest. Die Länder der Region sollten in dieser Hinsicht wachsam bleiben und vermeiden, von den USA benutzt zu werden.“

Sehenden Auges vollzieht also die seit knapp einem Jahr amtierende Regierung von Marcos Junior eine Kehrtwende hin zu einer betont US-hörigen Außenpolitik, die den Inselstaat erneut zu einem unsinkbaren Flugzeugträger Washingtons macht – und gleichzeitig die Rolle der Filipinos als „*little brown brothers*“ unterstreicht, als die William Howard Taft, der erste US-amerikanische Generalgouverneur der Philippinen (1901-1904) und später der 27. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, die Bevölkerung der einzigen und einstigen Kolonie Washingtons in Südostasien bezeichnet hatte. Als Washington noch bis zu Beginn der 1990er-Jahre in den Philippinen mit dem *Clark Air Field* und der *Subic Naval Base* seine damals größten außerhalb des nordamerikanischen Kontinents befindlichen Militärbasen unterhielt, erschallte lautstark der Ruf ihrer Kritiker: „Die Basen sind ein Dolch im Rücken der Filipinos!“

Reichlich drei Dekaden später regt sich erneut Kritik, die sich nicht nur gegen manöverbedingte Flurschäden und Vertreibungen richtet, sondern auch die Gefahr beschwört, aufgrund Manilas Politik unweigerlich ins Visier möglicher chinesischer Vergeltungsschläge zu geraten, wenn von philippinischem Boden aus provokative Akte gegen China erfolgen. Linke Bündnisorganisationen, Parteien sowie die fortschrittliche *League of Filipino Students (LFS)* zeigen sich jedenfalls zutiefst besorgt darüber, dass die Kriegsbungen zu einer Kettenreaktion führen und die Philippinen zwischen die USA und China manövrieren:

„Der Wirtschaftsriese (China) wird gezwungen sein, drastische Maßnahmen zu ergreifen, um seine Einflussphäre in der asiatisch-pazifischen Region aufrechtzuerhalten, was sich ironischerweise in einem stärkeren Einfluss auf die Westphilippinische See niederschlagen wird.“

Die Fischerleuteorganisation *Pamalakaya* warnt außerdem vor Vertreibungen der lokalen Fischer in jenen Gebieten, in denen die *Balikatan*-Manöver abgehalten werden. Die

Provinzregierung von Ilocos Norte (im hohen Norden der Philippinen) hat bereits die Order erteilt, dass in 21 Dörfern und zwei Städten „die betroffenen Fischer umzusiedeln sind, um Platz für den Verkehr zu schaffen“, da vom 10. März bis zum 28. April luftbewegliche Operationen und logistische Übungen durchgeführt würden. Sprecher von *Pamalakaya* zeigten sich erbost und konterten: „*Wir fordern die US-Truppen auf, die philippinischen Fischer in Ruhe zu lassen und ihre kriegstreibende Machtprojektion woanders durchzuführen.*“

Südkorea – antikommunistischer „Frontstaat“ mit Sonderstatus

Ende Juli dieses Jahres jährt sich zum 70. Mal die Unterzeichnung des *Waffenstillstandsabkommens von Panmunjom*, wodurch der dreijährige Koreakrieg (1950-53), der erste „heiße“ Konflikt im Kalten Krieg, beendet wurde. Unterzeichnet wurde dieses Abkommen bezeichnenderweise nicht vom damaligen südkoreanischen Präsidenten Rhee Syngman. Dieser wollte den Krieg bis zum Sieg fortführen und fand sich mit den neuen Gegebenheiten erst ab, als die US-amerikanische Seite ihm umfassende Wirtschafts-, Finanz- und Militärhilfe zusagte. Nolens volens geriet auf diese Weise die am 15. August 1948 ausgerufene *Republik Korea (Südkorea)* zum antikommunistischen „Frontstaat“ par excellence – mit weitreichenden Konsequenzen, die bis in die unmittelbare Gegenwart hineinwirken. Bis heute nämlich steht noch immer eine *friedensvertragliche Regelung* auf der koreanischen Halbinsel aus.

Rhee Syngman, von den USA nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als Statthalter der *United States Army Military Government in Korea (USAMGIK)* eingesetzt, die südlich des 38. Breitengrads das Sagen hatte, tat alles, diesen Teil der Halbinsel stramm antikommunistisch auszurichten und in einen Prellbock gegen den Norden wie auch gegen die VR China und die Sowjetunion zu verwandeln. Nördlich des 38. Breitengrads, der zunächst als künstlich festgelegte Trennlinie zwischen Nord und Süd seitens der Siegermächte USA und Sowjetunion galt, führte Letztere das Zepter. Dort verlief ihre Einmischung in koreanische Angelegenheiten ungleich geringer als die der Amerikaner im Süden. Im Norden wurden umfangreiche Reformen (vor allem im Agrarbereich) durchgeführt und die vormals pro-japanischen Elemente und Kollaborateure des japanischen Kaiserreiches (dessen Kolonie Korea von 1910 bis 1945 war) aus allen führenden Positionen in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Kultur entfernt. Im Gegensatz zu dem aus dem Exil eingeflogenen Rhee Syngman verkörperte Kim Il-Sung als ausgewiesener antijapanischer Partisanenkämpfer im Norden eine volksverbundene, charismatische Führungspersönlichkeit mit ungleich größerer Legitimation als sein südlicher Gegenspieler Rhee.

Mit den jeweiligen Staatsgründungen – am 15. August 1948 übergab die USAMGIK die Regierungsgeschäfte an die neu konstituierte ROK-Regierung, während Kim Il-Sung nachzog und am 9. September 1948 in Pjöngjang die Geburt der *Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK – Nordkorea)* verkündete – hatten sich die sozialpolitischen Konflikte auf der Halbinsel dermaßen verschärft, dass bewaffnete Auseinandersetzungen immer wahrscheinlicher wurden. Was ursprünglich als Klassenkampf begann, wuchs sich

US-Manöver gegen China

sukzessiv zum Bürgerkrieg aus und entfaltete eine ungeahnte Eskalationsdynamik durch die Internationalisierung des Krieges als *Koreakrieg*.

Von 1950 bis 1953 stellten 22 Länder entweder Kampftruppen oder medizinische Einheiten zur Unterstützung Südkoreas *unter der Flagge der Vereinten Nationen, wiewohl unter US-Oberkommando*, bereit. Auf Seiten Nordkoreas kämpften *Freiwilligenverbände* der chinesischen Volksarmee sowie eine nicht genau bekannte Zahl sowjetischer Piloten. Während ausländische Truppen die DVRK nach dem Krieg verließen, verblieben UN-Verbände und US-Truppen (aktuell 28.500 Mann) bis heute ununterbrochen in Südkorea – ein Anachronismus ohnegleichen! Und es ist ein US-amerikanischer Viersternegeneral (seit dem 2. Juli 2021 General Paul J. LaCamera), der als unzeitgemäßer Prokonsul im gut 60 Kilometer südlich der südkoreanischen Metropole Seoul gelegenen Hauptquartier Camp Humphreys residiert, der zurzeit weltweit größten US-Militärbasis außerhalb des nordamerikanischen Kontinents.

General LaCamera ist in Personalunion Oberkommandierender der *United States Forces Korea (USFK)*, des *Kommandos der Vereinten Nationen (United Nations Command – UNC)* sowie des *ROK/U.S. Combined Forces Command (CFC)*. Im Kriegsfall sind die südkoreanischen Streitkräfte seinem Befehl untergeordnet – eine „Pikanterie“, weil dadurch nicht genau zu bestimmen ist, wo südkoreanische Innenpolitik endet und faustfeste US-amerikanische Außen- und „Sicherheits“politik beginnt! Assistent wird General LaCamera von seinem südkoreanischen Stellvertreter und Kollegen, dem seit dem 27. Mai 2022 seines Amtes obwaltenden General Ahn Byung-Seok.

US-Prokonsuln auf südkoreanischem Hochsitz mit Blick auf Hawaii – ein Exkurs

Die *United States Forces Korea (USFK)* sind für die Unterstützung und Ausbildung der gemeinsamen multinationalen Streitkräfte der Republik Korea und der USA sowie des *Kommandos der Vereinten Nationen (United Nations Command – UNC)* zuständig. Die am 1. Juli 1957 gegründeten USFK unterstützen sowohl den *ROK (Republik Korea) / U.S. Combined Forces Command (CFC)* als auch das *UNC* und nehmen jährlich an gemeinsamen und kombinierten Operationen mit dem *CFC* teil, um Personal und Verstärkungseinheiten auszubilden und stets in Bereitschaft zu sein.

Nach dem Beginn der offenen Kampfhandlungen auf der Halbinsel, als nach lange währenden bewaffneten innerkoreanischen Auseinandersetzungen entlang des 38. Breitengrads nordkoreanische Panzer gen Süden auf die Hauptstadt Seoul zurollten, wurde am 24. Juli 1950 das *UNC* aus der Taufe gehoben. Die Resolutionen 83 und 84 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gaben den Mitgliedsstaaten die Befugnis, den Frieden auf der koreanischen Halbinsel wiederherzustellen, und legten gleichzeitig die Führungsrolle der Vereinigten Staaten in diesem vereinigten Kommando fest – nicht ohne Missmut seitens Trygve Lies, des ersten (norwegischen) UN-Generalsekretärs, der aber vorzeitig, am 10. November 1952, frustriert seinen Posten aufgab. Heute ist das *UNC* wesentlich damit befasst, auf die Einhaltung des weltweit längsten Waffenstillstands zu achten und diplomatische Kanäle mit Nordkorea offenzuhalten.

Aus einem operativen Planungsstab, der 1968 als Zusatz zum *UNC/USFK/Eighth United States Army Headquarters* und dem US-geführten I. Korps entstand, entwickelte sich 1971 ein integriertes Feldarmeehauptquartier. Dieses wurde jedoch erst 1978 im Rahmen eines bilateralen amerikanisch-südkoreanischen Abkommens im Zusammenhang mit dem damals geplanten Abzug der US-Bodentruppen aus Südkorea (der allerdings 1981 wieder rückgängig gemacht wurde) als gemeinsamer Stab eingerichtet. Dieses binationale Verteidigungsteam, das aus dem multinationalen UNC hervorgegangen ist, dient heute der Abwehr von Feindseligkeiten. Das schließlich am 7. November 1978 eingerichtete *CFC* ist das Hauptquartier für Kriegführung. Seine Aufgabe ist es, Aggressionen von außen gegen die Republik Korea abzuschrecken oder, wenn nötig, abzuwehren – was sich im Kern auf Nordkorea bezieht beziehungsweise gegen die Volksrepublik richtet.

Um diesen selbstgesetzten Auftrag zu erfüllen, obliegt dem CFC die operative Kontrolle über mehr als 600.000 aktive Soldaten aller Streitkräfte beider Länder. In Kriegszeiten könnten deren Kontingente durch etwa 3,5 Millionen ROK-Reservisten und zusätzliche US-Streitkräfte, die von außerhalb Südkoreas entsandt würden, verstärkt werden. Im Falle eines Angriffs durch Nordkorea würde das CFC mit seinen Luft-, Boden-, Marine- und kombinierten Marinestreitkräften sowie der *Combined Unconventional Warfare Task Force* für eine koordinierte Verteidigung sorgen.

Das CFC steht unter dem Kommando eines US-Viersternegenerals mit einem Viersternegeneral der koreanischen Armee als stellvertretendem Befehlshaber. In der gesamten Kommandostruktur wird die binationale Besetzung beibehalten: Ist der Leiter einer Stabsabteilung ein Koreaner, so ist sein Stellvertreter ein Amerikaner und umgekehrt. Diese integrierte Struktur gilt sowohl für die einzelnen Kommandos als auch für das Hauptquartier. Alle CFC-Komponenten sind taktisch integriert durch kontinuierliche kombinierte und gemeinsame Planung, Ausbildung und Manöver.

Eine der wichtigsten Feldübungen war die *Team-Spirit-Serie*, die 1976 begann und sukzessive auf fast 200.000 koreanische und US-amerikanische Mann aufgestockt wurde. Die USA beteiligten sich an solchen Übungen mit Verstärkungstruppen aller Streitkräfte, die von anderen pazifischen Stützpunkten und vom Festland der Vereinigten Staaten aus nach Südkorea entsandt wurden. Das letzte Manöver dieser Art wurde 1993 abgehalten.

Getrennte Gefechtsstandübungen Südkoreas und der USA wurden 1976 als *Ulchi Focus Lens (UFL)* zusammengefasst. Im Dezember 2006 ordnete der damalige Oberkommandeur des CFC an, den Namen *UFL* zu ändern. Während der ROK-Stab seine Manöver unter dem Namen *Ulchi* fortsetzte, benannte die amerikanische Seite ihre Manöver in *Ulchi Freedom Guardian (UFG)* um. Im Laufe der Zeit entwickelte sich daraus eine jährlich durchgeführte gemeinsame und kombinierte simulationsgestützte Gefechtsstandübung, bei der das Personal des CFC samt seinen Hauptkomponenten mit Hilfe modernster Computersimulationen geschult wurden, was die nordkoreanische Seite stets als gezielte, gegen die Volksrepublik gerichtete Provokation heftig kritisierte.

US-Manöver gegen China

Das *United States Indo-Pacific Command (USINDOPACOM)* ist das für den indo-pazifischen Raum zuständige einheitliche Kampfkommando der US-Streitkräfte. Es ist das älteste und größte der vereinigten Kommandos der Streitkräfte. Sein Kommandeur, der ranghöchste US-Militäroffizier im Pazifik (seit dem 30. April 2021 Admiral John C. Aquilino), ist für mehr als 375.000 Militärangehörige sowie für ein Gebiet verantwortlich, das mehr als 260.000.000 Quadratkilometer oder etwa 52 Prozent der Erdoberfläche umfasst und sich von den Gewässern der Westküste der Vereinigten Staaten bis zu den Gewässern an der Ostküste der pakistanischen Seegrenze sowie von der Arktis bis zur Antarktis erstreckt. Das Kommando, seit seiner Gründung im Jahr 1947 als *United States Pacific Command (USPACOM)* bekannt, wurde 2018 in Anerkennung der zunehmenden Vernetzung zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean in *U.S. Indo-Pacific Command* umbenannt.

Das *Indo-Pacific Command* besteht aus den Komponentekommandos *U.S. Army Pacific*, *U.S. Marine Forces Pacific*, *U.S. Pacific Fleet*, *U.S. Pacific Air Forces* sowie den unterstellten Kommandos *U.S. Forces Japan*, *USFK* und dem *Special Operations Command Pacific*. Das *Nimitz-MacArthur Pacific Command Center* dient als Hauptquartier des *Indo-Pacific Command* und befindet sich im *Camp H. M. Smith* auf Hawaii.

Spätestens hier reibt sich der unbedarfte Leser verduzt die Augen und fragt sich zu Recht: *Wer bedroht da eigentlich wen auf der koreanischen Halbinsel?* Eine „Kim-Despoten-Dynastie“, ein „wahnsinniger Raketenmann Kim Jong-Un“, ein „Irrer mit der Bombe“ im Norden etc. pp.? Da kontrollieren die USA seit 1945 die Geschicke *Südkoreas* drei Jahre lang mittels einer US-Militärregierung, um seitdem ebendort wie „ein Pfahl im Fleische“ die militärischen Kommandohöhen zu besetzen – all das mit der gigantischen Wucht einer Supermacht (inklusive ihres weltweit gespannten Netzes von reichlich 800 Militärbasen) und dem bedrohlichen Verweis auf die „Bündnistreue mit ROK“, die „Sicherheitslage in der Region“ und um „Aggressionen seitens Nordkoreas“ einen Riegel vorzuschieben! Gäbe es einen halbwegs um Objektivität bemühten Journalismus – von investigativem, gar aufklärerischem ganz zu schweigen –, müsste zuvörderst die fortgesetzte Präsenz von US-Truppen und -Waffen und deren gigantisches Bedrohungspotenzial auf der Halbinsel als Hauptbarrikade charakterisiert werden, welche bis dato die Umwandlung eines Waffenstillstandsabkommens in einen Friedensvertrag blockiert und ein versöhnliches Miteinander zwischen Nord und Süd verunmöglicht!

Der Hauptgrund für das Fortbestehen solch bizarrer Verhältnisse liegt in den bleiernen Traumata beider Seiten dies- wie jenseits des 38. Breitengrads begründet: Im Norden herrschen aufgrund der immensen Verwüstung während des Koreakrieges (1950-53) – US-Bomberpiloten hatten in jener Zeit „gewehklagt“, es gäbe „keine Ziele mehr“ – noch immer Bunkermentalitäten, wonach „die US-Imperialisten“ gleichgesetzt werden mit Tod und Vernichtung bringenden „Teufeln“. Und im Süden herrschte die längste Zeit ein von Militärdiktaturen giftig genährter Antikommunismus als Staatsdoktrin, der weltweit in diesem Rigorismus und in dieser martialischen Zurichtung nur noch seit Herbst 1965 in Indonesien unter Suharto existierte. Ein Relikt dieser Epoche existiert in Südkorea noch immer in Gestalt des drakonischen *Nationalen Sicherheitsgesetzes (NSL)*, das erst wieder im vergangenen Monat gegen Gewerkschafter der *Korean Confederation of Trade*

Unions (KCTU) in Anschlag gebracht wurde, da man sie verdächtigte, als „Spione für den Norden tätig zu sein“. Die ältere Generation dies- wie jenseits des 38. Breitengrads hat aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen solcherart Feindbilder verinnerlicht, was im Süden dazu führte, dass trotz zahlreicher Avancen vis-à-vis dem Norden die gegenwärtig nur mit hauchdünner Mehrheit regierende Administration unter dem stramm konservativen Präsidenten Yoon Suk-Yeol mehr auf Konfrontation denn auf Kooperation mit dem Regime in Pjöngjang bedacht ist – eine markante Kehrtwende im Vergleich zu Yoons Vorgänger Moon Jae-In.

Militärmanöver „Freedom Shield 23“ im Süden, Waffentests im Norden

Nach über fünf Jahren fand im März wieder ein elftägiges Großmanöver kombinierter amerikanisch-südkoreanischer Truppenverbände statt, das diesmal unter dem wohlklingenden Namen *Freiheitsschild* firmierte und am 23. März endete. Amphibische Übungen unter Beteiligung von Seestreitkräften waren dabei ebenso Teil der Operation wie auf Computersimulationen basierende Manöver. Außerdem flogen strategische B-1B-Bomber der US-Luftwaffe in Formation mit südkoreanischen F-35A-Tarnkappen-Kampffjets und US-F-16-Kampfflugzeugen mehrere Einsätze, was Pjöngjang als akute Kriegsdrohung wertete. Kein Wunder, dass Nordkorea während der Dauer von *Freedom Shield 23* seinerseits Stärke demonstrierte: In kurzen Intervallen von wenigen Tagen zündete es eine ballistische Interkontinentalrakete vom Typ Hwasong-17, die ins Ostmeer stürzte, nachdem zuvor bereits zwei ballistische Kurzstreckenraketen und zwei Marschflugkörper von einem U-Boot aus abgefeuert wurden. Kim Jong-Un sprach in den vergangenen Wochen wiederholt und öffentlich von der Notwendigkeit, die Produktion von waffenfähigem Nuklearmaterial zu „steigern“, um das Atomwaffenarsenal des Landes „exponentiell“ aufzustocken – aus der Sicht Pjöngjangs eine notwendige Selbstschutzmaßnahme und (Über-)Lebensgarantie gegen einen von außen erzwungenen „regime change“ à la Irak, Afghanistan und Libyen.

Sprecher des südkoreanischen Verteidigungsministeriums gossen Öl ins Feuer, als man der Öffentlichkeit kurz vor Beendigung von *Freedom Shield 23* mitteilte, die USA und Südkorea würden im Juni dieses Jahres eingedenk ihrer seit sieben Dekaden währenden engen Kooperation die größten Übungen mit scharfer Munition abhalten. Aus dem Ministerium hieß es dazu lapidar:

„Das Programm soll die Fähigkeit der beiden Nationen demonstrieren, Frieden durch Stärke zu verwirklichen, und zwar inmitten der ernststen Sicherheitslage, die durch Nordkoreas nukleare Bedrohung und seine Raketen entstanden ist.“

Nach Angaben der südkoreanischen Nachrichtenagentur *Yonhap* haben Washington und Seoul bisher knapp zehn Mal massive gemeinsame Übungen mit scharfer Munition durchgeführt, zuletzt im Jahr 2017. Die Trump-Administration stellte damals die Durchführung größerer Übungen mit Südkorea ein, um Spannungen abzubauen und Raum für Diplomatie zu schaffen.

Japan und Südkorea – Annäherung mit Tücken, doch Rückendeckung seitens Washingtons

Ausgerechnet während der laufenden *Freedom-Shield-23*-Militärmanöver traf sich Mitte März Südkoreas Präsident Yoon Suk-Yeol mit dem japanischen Premierminister Kishida Fumio in Tokio, das erste Treffen dieser Art seit zwölf Jahren. Vorrangig ging es dabei um das Auftauen unterkühlter Beziehungen zwischen beiden Nachbarn und auf Drängen Washingtons darum, beide engen Verbündeten gegen China zu mobilisieren. Wie *Nikkei Asia* berichtete, vereinbarten Yoon und Kishida eine verstärkte Zusammenarbeit gegen Nordkorea und die Wiederaufnahme eines bilateralen Sicherheitsdialogs auf Arbeitsebene, der seit fünf Jahren unterbrochen ist.

Yoon kündigte überdies die „Normalisierung“ des *GSOMIA-Abkommens* (*General Security of Military Information Agreement*) an, das den Austausch militärischer Informationen zwischen den beiden Ländern vorsieht. Moon Jae-In, der Vorgänger von Yoon, hatte 2019 in Seoul erklärt, das GSOMIA nicht zu verlängern, weil Japan neue Exportkontrollen gegen Südkorea verhängt habe. Diese Kontrollen, so jedenfalls wurde es Mitte März zwischen beiden Ländern vereinbart, sollen nunmehr aufgehoben werden. Das GSOMIA regelt den beidseitigen Informationsaustausch über nordkoreanische Rakentests.

Gastgeber Kishida zeigte sich nach dem Treffen mit seinem südkoreanischen Kollegen zufrieden und erklärte während der abschließenden Pressekonferenz:

„Von nun an möchte ich ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Japan und Südkorea aufschlagen, und zwar durch häufige Besuche beider Seiten, die nicht an Formalitäten gebunden sind.“

So wohlgesetzt diese Worte klangen, so schrill bleiben Zwischentöne jenseits des diplomatischen Parketts. Die Beziehungen zwischen Südkorea und Japan bleiben wegen der japanischen kaiserlichen Herrschaft in Korea von 1910 bis 1945 angespannt. Beide Länder arbeiten an einem Abkommen zur Beilegung des Streits über die koreanische Sklavenarbeit während der Besatzung, wengleich die südkoreanische Opposition und viele andere im Land dagegen Front machen und Yoon bezichtigen, gegenüber Tokio zu lasch aufzutreten. Misstöne sind noch immer zu vernehmen, was ungeklärte Fragen von Entschuldigung und Entschädigung der euphemistisch sogenannten „Trostrfrauen“ während des Zweiten Weltkriegs betrifft sowie erneut hochgeschäumte Querelen über revidierte Geschichtsbücher in japanischen Schulen, in denen Japans Rolle während des Zweiten Weltkriegs wieder einmal deodorisiert wird.

Im Nachbarland China regte sich darüber ebenso Unmut wie über Kishidas Ankündigung, dass Tokio sein Militärbudget in den nächsten fünf Jahren verdoppeln werde, um seine Streitkräfte speziell gegen China aufzurüsten.

Zu dieser Gemengelage merkt der philippinische Politikwissenschaftler und Kolumnist Richard J. Heydarian an:

„Tokio überdenkt seine pazifistische Außenpolitik aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, indem es eine proaktivere strategische Rolle in der Region übernimmt. Japan

erwägt nun, hochentwickelte Waffensysteme in belagerte Länder, insbesondere in die Ukraine, zu exportieren. Dieser Schritt hat jedoch auch unmittelbare Auswirkungen auf Taiwan, das sich mit der wachsenden Aussicht auf eine bewaffnete Konfrontation mit China konfrontiert sieht.

Das selbstverwaltete Taiwan, das von Beijing als abtrünnige Provinz behandelt wird, ist gleichzeitig von zentraler Bedeutung sowohl für die regionale Sicherheitsarchitektur als auch für die wirtschaftliche Integration. Die anspruchsvollsten Prozessorchips der Welt werden größtenteils von einem einzigen taiwanesischen Unternehmen, der Taiwan Semiconductor Manufacturing Company Limited (TSMC), hergestellt.

Taiwans Chips sind für die Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts so wichtig wie die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) für das vergangene Jahrhundert. Doch wie der Politikwissenschaftler Chris Miller erklärt, ist Taiwan sogar noch wichtiger, denn anders als bei Öl, das man in vielen Ländern kaufen kann, hängt unsere Produktion von Rechenleistung von einigen wenigen Herstellern ab, insbesondere von denen in Taiwan.“

Um „angemessenen“ Umgang bemüht

Trotz aller Differenzen, die auch und gerade zwischen China und Japan bestehen, sollten beide Seiten die Kooperation ausbauen und „angemessen“ mit ihren Meinungsverschiedenheiten umgehen, erklärte Chinas Außenminister Qin Gang am 2. April bei einem Treffen mit seinem japanischen Kollegen Hayashi Yoshimasa in Beijing, wie das Außenministerium mitteilte. Und der Gastgeber fügte mit offensichtlichem Hinweis auf das Bündnis Japans mit den USA hinzu:

„Angesichts von Widersprüchen und Differenzen helfen Blockbildung, Geschrei und Druck nicht, die Probleme zu lösen, so wird nur Entfremdung vertieft.“

Mit Blick auf den Gipfel der Gruppe der sieben großen Industrienationen (G7) im Mai im japanischen Hiroshima und die gegenwärtige G7-Präsidentschaft Japans äußerte Qin Gang die Hoffnung, dass Tokio „den Ton und die Richtung des Treffens richtig bestimmt“. In Beijing wird befürchtet, dass sich das G7-Treffen auch gegen China richten könnte.

Bündnisfieber und befürchteter Souveränitätsverlust Canberras

Zu den jüngsten Vorstößen der USA und der NATO im Indo-Pazifik gehören AUKUS, der trilaterale Sicherheitspakt zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA, die „Fünf-Augen-Allianz“, die sich aus den USA, Kanada, Australien, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich zusammensetzt, sowie QUAD, der strategische Sicherheitsdialog, bestehend aus den vier Staaten Australien, Indien, Japan und den USA.

Am 15. September 2021 hatten die USA angekündigt, sich u. a. dafür einzusetzen, der *Royal Australian Navy* bei der Beschaffung von atomgetriebenen U-Booten behilflich zu sein. Mitte März nun ging dieses Engagement mit einem großen AUKUS-Gipfel (im Beisein der drei Staatschefs) und der Ankündigung des US-Plans, Australien mit atomgetriebenen U-Booten auszustatten, in die nächste Phase über. Einem Informationsblatt des Weißen Hauses zufolge wird dies etappenweise erfolgen: Zunächst wird Washington

US-Manöver gegen China

Anfang der 2030er-Jahre drei U-Boote der Virginia-Klasse an Australien verkaufen, wobei der Verkauf von zwei weiteren U-Booten möglich ist. In der nächsten Phase, die ein Jahrzehnt später abgeschlossen sein soll, wird Australien atomgetriebene U-Boote des Typs SSN-AUKUS einsetzen, die gemeinsam von Großbritannien und Australien gebaut werden und auf hochmoderner US-Technologie basieren. Doch dieser Deal mit einem Gesamtvolumen von 368 Milliarden US-Dollar geschieht inmitten unvorsichtiger Medienprognosen, wonach sich Australien innerhalb von drei Jahren im Krieg mit China befinden könnte.

Bei der Ankündigung des AUKUS-U-Boot-Geschäfts in den USA Mitte März betonte der australische Premierminister Anthony Albanese, dass es darauf abziele, den Nationen in der Region die Möglichkeit zu geben, *„frei von Zwang in ihren souveränen Interessen zu handeln und die Sicherheit durch Investitionen in unsere Beziehungen in der gesamten Region zu fördern“*.

Die Realität des U-Boot-Abkommens ist laut Kritikern des Deals jedoch nicht in diesem Sinne. Stattdessen, so befürchten sie, führt es Australien in ein halbes Jahrhundert der Aufrüstung und eingeschränkter Souveränität innerhalb einer von den USA geführten Allianz, die China eindämmen soll. Diese Befürchtung teilt China, dessen Außenministerium denn auch umgehend mit folgender Stellungnahme aufwartete:

„Die jüngste gemeinsame Erklärung der USA, Großbritanniens und Australiens zeigt, dass die drei Länder um ihrer eigenen geopolitischen Interessen willen die Bedenken der internationalen Gemeinschaft völlig außer Acht lassen und sich immer weiter auf den Pfad des Irrtums und der Gefahr begeben.“

(Neo-)Kolonialer Habitus

Ungewöhnlich scharf fiel die Kritik an dem AUKUS-U-Boot-Deal seitens des früheren australischen Premierministers Paul Keating (1991-96) aus. Australien, so Keating in einer engagierten Rede vor dem *National Press Club of Australia* Mitte März, habe in den letzten zehn Jahren wiederholt Fehlschläge bei dem Versuch erlitten, ein erfolgreiches U-Boot-Programm auf die Beine zu stellen. Es wäre ein Wunder, wenn dieses Programm reibungslos abliefe, ganz abgesehen von den wechselnden Regierungen in den drei Ländern und der Entwicklung der internationalen strategischen Lage.

Keating griff nicht nur das AUKUS-Abkommen an (wie schon bei seiner Ankündigung im Jahr 2021), sondern personalisierte seine diesmal ätzende Kritik, indem er namentlich Premierminister Anthony Albanese, Außenministerin Penny Wong und Verteidigungsminister Richard Marles ins Visier nahm und ihnen attestierte, *„kein tiefes oder langfristiges Interesse an auswärtigen Angelegenheiten“* zu zeigen. Es sei keine Außenpolitik, so Keating, wenn man mit einem *lei* (Kopf- und Halsschmuck) auf den Pazifikinseln herumlaufe und Geld verteile, wie Frau Wong es tue. Mit Blick auf die Rolle des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten erklärte Keating bei der Gelegenheit:

„Die Komplizenschaft der Albanese-Regierung mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten beim Bau eines Atom-U-Boots für Australien im Rahmen der AUKUS-Ver einbarungen stellt die schlechteste internationale Entscheidung einer australischen

Labor-Regierung dar, seit der ehemalige Labor-Führer Billy Hughes versuchte, die Wehrpflicht einzuführen, um die australischen Streitkräfte im Ersten Weltkrieg zu verstärken. (...)

Jedes Mitglied der Labor Party wird zusammensucken, wenn es begreift, dass die Partei, für die wir alle kämpfen, zu unserem ehemaligen Kolonialherrscher, Großbritannien, zurückkehrt, um unsere Sicherheit in Asien zu suchen – 236 Jahre, nachdem die Europäer den Kontinent zum ersten Mal seinen Ureinwohnern entrissen haben. (...)

Es ist kein schöner Anblick, das Land den außenpolitischen Neigungen eines anderen Landes – der Vereinigten Staaten – auszuliefern, während die dummen Briten auf ihrer verzweifelten Suche nach Relevanz hinterherhinken.“

Der Kritik Keatings hat sich mittlerweile auch Ex-Premierminister Malcolm Turnbull (2015-18) von der konservativen Liberal Party angeschlossen, wiewohl in gemäßigerem Tonfall.

„Der Pazifik ist unser Ozean“

Wie lauteten die Eingangspassagen der von US-Senator Albert J. Beveridge am 9. Januar 1900 vor dem amerikanischen Kongress gehaltenen Rede, die dem ersten Teil dieses Beitrags vorangestellt sind?

„Geradewegs hinter den Philippinen liegen Chinas schier unermesslichen Märkte. Wir werden unseren Teil in der Mission unserer von Gott geschützten Rasse bei der Zivilisierung der Erde beitragen. Wo werden wir die Abnehmer unserer Produkte finden? Die Philippinen geben uns einen Stützpunkt am Tor zum Osten.“

Beveridge endete seine Ausführungen mit den unvergesslichen Sentenzen:

„Sie (die Philippinen – RW) zu halten, wird kein Fehler sein. Der größte Teil unseres Handels muss in Zukunft mit Asien abgewickelt werden. Der Pazifik ist unser Ozean.“

Auch in diesem Zusammenhang stellt sich aufs Neue die dringliche Frage: *Wer droht dort eigentlich wem?* Der zu Beginn des vorletzten Jahrhunderts im US-Kongress unverhüllt reklamierte Besitzanspruch Washingtons auf den Pazifik wird heute in der Ära einer „werte- wie regelbasierten Zeitenwende“ entsprechend vornehmer und bei expliziter Ausklammerung des Völkerrechts artikuliert. Liest man aufmerksam den am 1. Juni 2019 vom Pentagon vorgelegten Bericht *Indo-Pacific Strategy Report – Preparedness, Partnerships, and Promoting a Networked Region*, lassen sich zahlreiche Passagen markieren, wie schwer es Washington fällt, den Pazifik nicht länger mehr als „*Mare Nostrum*“ zu betrachten. Dort heißt es beispielsweise auf Seite 2:

„Die Vereinigten Staaten sind eine pazifische Nation. Unsere Beziehungen zum indo-pazifischen Raum sind historisch gewachsen, und unsere Zukunft ist untrennbar mit ihm verbunden. Wir haben mit unserem Blut und unseren Schätzen dazu beigetragen, die Freiheiten, die Offenheit und die Chancen dieser Region zu erhalten. Unsere Präsenz sichert die lebenswichtigen Seewege des Indo-Pazifiks, die die Grundlage für den globalen Handel und Wohlstand bilden.“

US-Manöver gegen China

Da die Bundesrepublik nach den Worten von Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck heute ausdrücklich „eine dienende Führungsrolle ausübt“ – wie er es anlässlich seines USA-Besuchs Anfang März 2022 wörtlich ausdrückte –, wird man sehen, wie und in welchem Umfang diese Rolle auch im Indo-Pazifik gewürdigt wird. Denn es gilt, in Erinnerung zu rufen, dass es um 1900 fast zu einer Seeschlacht zwischen dem teutonischen Michel und Uncle Sam in der Bucht von Manila gekommen wäre. Und immerhin befand sich der östlichste Außenposten des Deutschen Kaiserreiches im Westen Samoas. Und später existierte im Rahmen der Achsenmächte eine enge Partnerschaft zwischen Nazideutschland und dem militaristischen Japan, deren ursprünglichen Pläne eine Neuaufteilung der Welt nach ihrem Gusto vorsahen.

Links & weiterführende Literatur

American Enterprise Institute - AEI * <https://www.aei.org/>

<https://news.antiwar.com/2023/03/22/us-south-korea-to-hold-largest-ever-live-fire-drills-in-june/>

<https://news.antiwar.com/2023/03/16/japan-south-korea-work-to-rebuild-military-ties-with-us-backing/>

<https://asiatimes.com/2023/03/aukus-weds-australia-to-risky-us-policy-on-china/>

<https://asiatimes.com/2023/01/towards-a-nuclear-armed-south-korea/>

Georg Auernheimer: Die politische Weltkarte wird neu gezeichnet * <https://www.nachdenkseiten.de/?p=95615>

<https://www.csis.org/analysis/transformation-us-philippines-alliance>

Choi Si-young: Japan's textbook revisions threaten thaw in ties * <https://www.koreaherald.com/view.php?ud=20230328000742>

Hillary Clinton & Condoleezza Rice on America's Global Role | The Problem With Jon Stewart Podcast - YouTube * <https://www.youtube.com/watch?v=xutIA4HzGqA>

<https://www.defense.gov/News/Transcripts/Transcript/Article/3286626/secretary-of-defense-lloyd-j-austin-iii-joint-press-briefing-with-philippine-se/>

<https://www.dw.com/de/usa-und-s%C3%BCdkorea-starten-milit%C3%A4rman%C3%B6ver-freedom-shield-23/a-64966909>

Xave Gregorio * <https://www.philstar.com/headlines/2023/03/16/2252153/eu-eyes-port-calls-joint-exercises-philippines-south-china-sea>

William D. Hartung & Tom Engelhardt * <https://original.antiwar.com/william-d-hartung/2023/03/29/the-pentagons-budget-from-hell/>

Richard Javad Heydarian * <https://asiatimes.com/2023/03/eye-on-taiwan-us-philippines-to-stage-largest-ever-wargames/>

Richard Heydarian * <https://opinion.inquirer.net/161840/aukus-and-japhus-containing-china>

John Ismay: To Prepare for a Pacific Island Fight, Marines Hide and Attack in California - The New York Times * <https://www.nytimes.com/2023/03/05/us/marines-china-pacific.html>

Michael T. Klare: Kurswechsel in der Taiwanfrage? * <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5878389>

Konfrontation im Pazifik: Warum sich China von den USA umzingelt fühlt *
<https://www.merkur.de/politik/china-marine-usa-konflikt-taiwan-militaer-xi-jinping-pazifik-japan-philippinen-suedkorea-zr-92087316.html>

The Largest U.S. Military Bases in the World * <https://mybaseguide.com/largest-us-military-bases/> <https://www.antiwar.com/blog/2023/03/28/daniel-larison-on-china-and-our-african-friends/>

Quinn Marschik: Asia is none of NATO's business - Nikkei Asia *
<https://archive.is/LuZiQ>

<https://www.militarytimes.com/news/your-military/2023/03/21/us-f-22s-land-in-philippines-for-first-time-furthering-partnership/>

Craig Murray: Warum sollte China ein Feind sein? * <https://www.nachdenkseiten.de/?p=95591>

Mutual Defense Treaty Between the United States and the Republic of the Philippines; August 30, 1951 *
https://avalon.law.yale.edu/20th_century/phil001.asp
 Mutual Logistics Support Agreement *

<https://natoreyes.files.wordpress.com/2012/02/mlsa.pdf>

Alexander S. Neu: Krieg um eine neue Weltordnung? * <https://www.nachdenkseiten.de/?p=95528>

NK claims almost 800,000 people have signed up for military to fight against US - Korea Times *
https://www.koreatimes.co.kr/www/nation/2023/03/103_347330.html

North Korea fires ballistic missile as US bombers join drills - The Korea Times *
https://www.koreatimes.co.kr/www/nation/2023/03/103_347384.html

<https://news.antiwar.com/2023/03/23/pentagon-leaders-say-new-budget-will-help-prepare-for-war-with-china/>

Zamone Perez & Jon Simkins * <https://www.militarytimes.com/news/your-air-force/2023/03/21/us-f-22s-land-in-philippines-for-first-time-furthering-defense-ties/>
<https://www.bworldonline.com/the-nation/2023/03/14/510598/philippine-us-annual-military-drills-will-be-biggest-ever-says-official/>

Political divide intensifies in Korea over Yoon-Kishida summit - Korea Times *
https://www.koreatimes.co.kr/www/nation/2023/03/120_347343.html

<https://www.philstar.com/opinion/2023/03/19/2252675/south-china-sea-asias-cauldron>

Alexandra Sakaki: Japan-Südkorea-Beziehungen auf Talfahrt - Mehr als "nur" eine Frage der Geschichte *

https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2019A42_skk.pdf

Ted Snider: <https://responsiblestatecraft.org/2023/03/17/what-the-aukus-sub-ruckus-means-for-regional-security/>

South Korea speeds up full-fledged deployment of US anti-missile battery - The Korea Times *
https://www.koreatimes.co.kr/www/nation/2023/03/205_347846.html